

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Gausenstraße Nr. 5 und Neue Fürstraße 11, durch die Buchhandlungen, Hagenstraße 14, durch die Buchhandlungen, Marktstraße 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,16 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Genug Neubauten erst 1934?

Der allzu langsame Kampf gegen die Wohnungsnot.

In der heutigen Ausgabe des „Berliner Tageblatts“ werden Ausführungen über die Neubauten im verflossenen Jahr und die Baupläne für 1927 wiedergegeben, denen wir folgendes entnehmen: „Im Jahre 1925 sind im ganzen Reich insgesamt 191.000 Wohnungen neu gebaut worden. In dieser Zahl sind 25.000 Wohnungen mitgerechnet, die durch Aufstockungen, Teilungen größerer Wohnungen und insbesondere durch Rückverwandlung von Geschäftsräumen der Inflationszeit in Wohnungen gewonnen worden sind. Dagegen sind 12.000 Wohnungen, sei es deshalb, weil die Polizei die Wohnungen für nicht mehr bewohnbar erklärt hat, ausgeschieden. Es verbleibt also für das Jahr 1925 ein reiner Zuwachs von 179.000 Wohnungen, womit der Friedenszuwachs an Wohnungen in Höhe von 150.000 übertraffen ist. Für das eben abgelaufene Jahr 1926 werden bestimmte Ziffern erst im Sommer vorliegen. Man kennt noch nicht die Zahl der entstandenen Wohnungen, sondern nur die Zahl der gebauten Wohnhäuser. Auf Grund dieser Zahl wird geschätzt, daß wir im Jahre 1926 einen Mindestzuwachs von 200.000 Wohnungen im ganzen Reich gehabt haben.

Die große Aufgabe der kommenden Jahre ist die Erhaltung oder Vermehrung dieser Zahl zusätzlicher neuer Wohnungen. Um etwa bis zum Jahre 1934 die Wohnungsnot in ihren schärfsten Auswüchsen zu beseitigen, schweben zwischen Reich und Ländern Verhandlungen. Sie sollen das Wohnbauprogramm für eine Reihe von Jahren, und zwar für mindestens drei Jahre, sicherstellen.“

Allzu tröstlich klingt das nicht; nach den gemeinsamen Vorschlägen der Sozialdemokratischen Partei und der organisierten Bauarbeiter könnte eine Behebung der Wohnungsnot in viel kürzerer Zeit erreicht werden — allerdings unter Opfern derjenigen Klassen, die leider zurzeit von der deutschen Steuerpolitik überaus angefaßt werden.

Jubiläum des Reichsjustizministeriums mit schönen Reden — ohne Amnestie.

Das Reichsjustizministerium hat gestern sein fünfzigjähriges Bestehen gefeiert. Bell, der geschäftsführende Reichsjustizminister, sprach ernste Worte über die Bedeutung der deutschen Reichseinheit, kam aber dabei auch auf den beherzigenswerten Gedanken, daß das Recht nicht nur einheitlich sondern auch gut sein soll. Darüber sagte er:

„Lassen Sie mich Ausdruck geben einem aus tiefstem Herzen entspringenden Festeswunsch, dessen Verwirklichung zugleich höchstes vaterländisches und vornehmstes Pflichtgebot bedeutet für das meine Zeitung anvertraute Reichsjustizministerium. Mögen Recht und Gerechtigkeit die Grundpfeiler bleiben für das Staatsgebäude der Deutschen Republik, Rechtsgedanke und Staatsgesinnung die starken Triebkräfte für das Aufwärtstreben des deutschen Volkes. Mögen Rechtsbindung und Rechtsprechung getragen von den ewigen Grundfragen der Sittlichkeit und der Gerechtigkeit allen berechtigten Anforderungen und Fortschrittsentwicklungen der Nation entsprechen und einen Jungbrunnen finden in der Erneuerung deutschen Volkslebens!“

Die Reden des Reichsjustizministers waren durch den geschäftsführenden Reichsanwalt Dr. v. K. gestimmt. Aber statt der Lieferung schöner Reden hätte man besser getan, Recht und Gerechtigkeit aus Anlaß des Jubiläums durch eine umfassende Amnestie der politischen Opfer kommunistischer Spielereien zu beweisen. Wie wäre es, wenn man das wenigstens in absehbarer Zeit nachholte?

Scheidemann über die Regierungsbildung.

In der Berliner Stadthalle veranstaltete gestern Abend das Reichsbanner eine Kundgebung, in der Reichstagsabgeordneter Scheidemann sprach. Ueber die Frage der Regierungsbildung, sagte Scheidemann: Die Republikaner gehören in die Regierung. Selbst auf die Gefahr hin, daß die republikanischen Parteien keine Mehrheit haben, müssen sie die Regierung übernehmen.

Winderheitsregierung der Mitte in Sachsen?

Dresden, 4. Januar. (Eigener Funkenbericht.)

Die Altsozialisten haben am Montag beschlossen, sich an einer Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen weder zu beteiligen, noch sie zu unterstützen. Die für heute vorgesehene interfraktionelle Besprechung dürften daher, soweit die Deutschnationalen an ihnen beteiligt sind, ergebnislos verlaufen. Man rechnet jetzt zunächst mit dem Experiment einer Winderheitsregierung der Mitte unter Beteiligung der Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftsparteier und der Altsozialisten.

General Pawel und Legationsrat Forster begeben sich Ende der Woche zur Fortführung der Verhandlungen über die Frage der Differenzen, die in Genf während der Ratstagung des Völkerbundes offen gelassen worden sind, nach Paris.

Vandervelde über das Ende der alliierten Militärkontrolle.

Der katholische Abgeordnete Mernier der belgischen Kammer stellte an den Außenminister Vandervelde folgende parlamentarische Anfrage: „Nach Zeitungsberichten hat der Außenminister keine große Genugtuung über die Beseitigung der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland geäußert. Würde der Herr Minister mit mittleren, welche Größe nationaler Art er für dieses Gefühl der Genugtuung hat? Hat Deutschland etwa irgendwelche neuen ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen hinsichtlich unserer Sicherheit oder der Reparationen erfüllt?“

Vandervelde erteilte darauf die folgende Antwort: „Die Minister sind für ihre Handlungen, nicht aber für ihre Gemütszustände verantwortlich. Ich will aber dem ehrenwerten Herrn Abgeordneten nicht meine Bestätigung — die übrigens von Herren Briand und Chamberlain geteilt wird — darüber versichern, daß, nachdem Deutschland die von ihm übernommenen Abrüstungsverpflichtungen erfüllt hat, es möglich geworden ist, die interalliierte Militärkontrolle durch das im § 213 des Friedensvertrages vorgesehene Inspektionsystem des Völkerbundes zu ersetzen.“

Regierung und Sejm in Litauen.

Kowno, 2. Januar. (Drahtbericht.) In der offiziellen „Lietuva“ ist ein Artikel erschienen, dessen anonym gebliebener Verfasser der Regierung den Rat gibt, sich über den Sejm „nicht allzuviel Gedanken zu machen“. Um im Lande eine gesunde nationale Stimmung zu bewahren, brauche man überhaupt keinen Sejm und dieser könne auf Sympathien nur rechnen, wenn er der Regierung bei der Erfüllung ihrer schweren Pflichten behilflich sei. Weiter wird in dem Artikel angedeutet, daß „das Leben selbst“, vielleicht schon in nächster Zeit, „gewisse Verfassungsänderungen“ notwendig machen könnte.

Aufhebung des polnischen Pressedekrets.

Warschau, 2. Januar. (Drahtbericht.) Das polnische Pressedekret ist auf Grund einer Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw“, datiert vom 30. Dezember 1926, aufgehoben worden und damit die frühere Bewegungsfreiheit der Presse, wenigstens bis etwa Mitte Januar, wiederhergestellt. Am 12. Januar wird der polnische Ministerrat die neue Presseverordnung beraten, welche die Regierung ausgearbeitet hat. Noch vor dieser Beratung wird sich der polnische Journalistenverband mit den Entwürfen beschäftigen, damit die Stellungnahme des Journalisten-Syndikats in Erwägung gezogen werden kann.

Vom tschechischen Faschismus.

Prag, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen fand in Brünn die Konferenz des tschechoslowakischen Faschistenrates statt, der die Streitigkeiten innerhalb des kleinen Faschistenhaufens bereinigen sollte und die den ersten Versuch darstellte, den Faschismus in der Tschechoslowakei als selbständige politische Bewegung, unabhängig von anderen politischen Parteien, zu organisieren, während man bisher die Faschisten als den rechten Flügel der Nationaldemokraten (Kramarisch-Partei) betrachtete.

Der politische bedeutsame Beschluß dieser Faschistenkonferenz lag darin, daß die Spitze der tschechischen faschistischen Bewegung der abgeurteilte und pensionierte Generalstabsoberst Gajda gestellt wurde, der als tschechischer General Spionagegeschäfte für Rußland gegen Frankreich trieb und dennoch lebenslanglich im Genuß der Hälfte seiner Bezüge bleibt, die er als Generalstabsoberst hatte. Der vom Staat ausgehaltene General tritt nun offiziell an die Spitze der tschechischen Schwarzhemden, die eine tschechoslowakische Nationaldiktatur anstreben.

Eine Belgrader Latiflogigkeit. Unter dieser Überschrift berichtet das „Berliner Tageblatt“ aus Belgrad, daß am 2. Januar in der Belgrader Universität eine große politische Kundgebung für die kaiserlichen Wenden stattfand, zu der man sich mehrere Tausender, darunter zwei Serowaidinnen in Volks-tracht, versammelt hatte. Universitätsprofessor Rowak verlas eine lange Rede über den Ursprung und die Schicksale der Kaiserlichen Wenden, die jahrhundertlang den blutigen Mordtaten durch das deutsche Volk und der Zwangsgermanisierung ausgesetzt gewesen seien. Auch die heutige Zeit sehe einen verzweifelten Kampf dieses „kleinen serbischen Brudervolkes“. Dann verlas eine der kaiserlichen Wenden ein Gedicht des kaiserlichen Volkstüfters Stafa, das nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts“ erst ins Serbische übersetzt werden mußte, damit es überhaupt der Versammlung verständlich wurde. Wie es in der Meldung des Blattes weiter heißt, bringen die Belgrader Zeitungen Bilder der beiden Kaiserlichen Wenden, die sogar in die Schulen geführt wurden. Die als offiziös bezeichnete „Samowprawa“ bringt einen besonders scharf gehaltenen Artikel in der der Deutschen Unterdrückung der nationalen Winderheiten vorgeworfen wird.

In einer redaktionellen Bemerkung zu der Meldung erklärt das Tageblatt, es wolle annehmen, daß auf Propagandaanfang gewisser ganz kleiner Kreise der wendischen Bevölkerung in Deutschland politische Kreise Südbawariens herein gefallen seien.

Die internationale Friedensarbeit der Sozialdemokratie.

Ein Schreiben der französischen Sozialisten an die Deutschen.

Vom Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs ist an den deutschen Parteivorstand zu Händen des Genossen Otto Wels folgendes Schreiben eingetroffen:

Werte Genossen!
Sofort nach Empfang Ihres Telegramms betreffend das Urteil des Kriegesgerichts in Landau haben wir bei der französischen Regierung dringliche Schritte unternommen, um dieses abscheuliche Urteil praktisch wirkungslos zu machen. Namentlich war unser Genosse Léon Blum ganz besonders darum bemüht. Wir wollen natürlich nicht behaupten, daß die getroffenen Maßnahmen allein den sozialistischen Schritten zu danken sind, aber wir haben Grund anzunehmen, daß diese nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung der Regierung gewesen sind. Es war jedenfalls eine Freude für uns, in dieser Angelegenheit wieder einmal an der Annäherung beider Länder mitzuwirken, wie wir es stets getan haben, und entschieden gegen alles Front zu machen, was die traurigen Erinnerungen an einen mörderischen Bruderkrieg lebendig erhalten könnte. Andererseits haben wir mit lebhafter Genugtuung von den mutigen Erklärungen eurer Führer im Reichstag gegen gewisse nationalsozialistische und militaristische Bestrebungen Kenntnis genommen.

So führen die beiden großen Sozialdemokratischen Parteien den gleichen Kampf für den Frieden der Welt und für die notwendige Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland. So erfüllen wir gemeinsam unsere volle Pflicht gegenüber den eigenen Völkern und gegenüber der Internationale.

Mit brüderlichen Grüßen
Der stellvertretende Generalsekretär: gen. Séverac.

Dazu wird uns von einem französischen Genossen aus Paris geschrieben:

Man glaube ja nicht, daß die Enthüllungen Scheidemanns über die Beziehungen verschiedener Elemente der Reichswehr mit den ungeheuerlichen Organisationen und dem Bolschewismus den französischen Nationalisten Freude bereitet haben. Die These dieser Kreise ist die: es gibt nur ein Deutschland, verschieden maskiert, aber immer vom Geiste des Krieges und der Revanche befeuert. Und sie ärgern sich, wenn sie die Vertreter einer großen Partei wie der Sozialdemokratie, im Namen eines Teils des deutschen Volkes, eine These der Menschlichkeit und des Friedens verteidigen hören, und wenn diese die Manöver ihrer Nationalisten mit Mut entlarven.

Nicht nur die Sozialisten, sondern alle für den Frieden stimmenden Franzosen, finden in dieser Vorgehen der deutschen Sozialisten eine Aufmunterung zu ihrer Politik. Mit Freude begrüßen sie diejenigen, die in Deutschland denselben Kampf kämpfen.

Sie waren ihrerseits einig, gegen das Urteil von Landau zu protestieren. Die Sozialistische Partei hat nicht nur Schritte unternommen, um von der Regierung sogleich Maßnahmen ergreifen zu lassen, die die Folgen des abscheulichen Urteils im Keime ersticken; sie hat auch beschlossen, diese Gelegenheit zu benutzen, um auf die Gefahren der militärischen Diktatur hinzuweisen.

So waren die Sozialisten die guten Friedensapostel, in Deutschland bei den Ereignissen der Reichswehr, in Frankreich bei den traurigen Zwischenfällen von Germersheim. Und man kann ruhig sagen, daß sie in den letzten Wochen einen ernstlichen Schritt vorwärts kamen. Ohne Zweifel haben sie die tiefe Stimmung und das wirkliche Streben der beiden großen Völker ausgesprochen, die da sind, um sich zu verstehen und zu lieben, und nicht, um sich zu hassen und zu bekämpfen.

Während Jahrhunderten hindurch haben die dynastischen Ambitionen, die Zwisten der Großen und zuletzt die kapitalistisch-imperialistischen Kämpfe, sie gegeneinander gehetzt. Der Sozialismus wird sie wieder näher bringen und veröhnen. Und schon arbeitet er mit Erfolg daran, trotz der Bestien des Nationalismus, die um die Stadt der Menschen schießen.

Demokratische Opposition gegen den amerikanischen Imperialismus.

Washington, 3. Januar. (Drahtbericht.) Der demokratische Senator Wheeler hat im Senat eine Entschließung eingebracht, in der die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Nicaragua gefordert wird, das Leben und Eigentum der Amerikaner niemals in Gefahr gewesen seien. Ferner wird das Staatsdepartement wegen der Anerkennung der Regierung Diaz scharf angegriffen.

Der Marineminister, der sich aus insgesamt 314.552.620 Dollar besaß, und über den heute im Repräsentantenhaus Bericht erstattet wurde, sieht die Aufrechterhaltung der Flotte

In der gegenwärtigen Stärke vor, schlägt dagegen eine Verminderung der Galt für Mottenmanöver um 1.500.000 Dollar vor. Der Finanzminister teilt den Wunsch des Präsidenten nach weiterer Beschränkung. Der Bericht gibt jedoch die Verantwortlichkeit des Bundes zu erkennen, mit dem Bau neuer Kreuzer fortzufahren, wenn immer der Präsident dies empfiehlt.

Kulturpflege und Steuerpolitik.

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir zu diesem Thema folgende nachdenkenswertes Ausführung:

Wohl ist die Reichsregierung in den Grundrissen den hohen Satz aus, daß die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Kultur sowie der Landschaft den Schutz und die Pflege des Staates genießen. Wohl stellt der Reichstag gewisse beschriebene Mittel zum Dienst der Kulturpflege, der Wissenschaft und Förderung der Unterweisung des archaischen Instituts, der Deutschen Bibliothek, der Beitreibungen auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens, der Volkshochschulen, des Museumswesens, betont man im Finanzausgleichsgesetz die Verpflichtungen der Gemeinden, insbesondere auf sozialer und kulturellem Gebiet, dessen Länder und Gemeinden nach ihrer Leistungsfähigkeit gewisse Beiträge zur Förderung der bildenden Künste, insbesondere durch Erteilung von Aufträgen (im Grunde nichts anderes als eine verstaatlichte, obendrein höchst notdürftige und mitunter recht zweifelhaft behandhabte Erwerbslosenfürsorge) in ihre Staats einzeln. Aber der gleiche Staat scheint nicht davon zurück, das berufliche Können von Kunst und Wissenschaft, auch wenn es nur sehr geringen Wert hat, als Betriebsvermögen, wie einen Viehwirtschaft, eine Handmaschine oder einen Schankkassier der Behörde zu unterwerfen (der Reichstag hat das glücklicherweise verhindert), ein künstlerisch hochstehendes Konzert wie Jahresmarktmarkt zur Vergnügungsfreier heranzuziehen. Die Luxussteuer, die einen feinerpsychologisch richtigen Gedanken ins Gewisse zu verzerrt verstand, ist mit Rücksicht auf die ihr inwohnende Gefährdung der Qualitätsarbeit nach langem, zähen Kampfe endlich fallen gelassen worden; aber echte Kunstdarbietung ringt nach in fast jedem Einzelfalle ihrer Betätigung mit dem Steuerstock. Sie wird steuerlich nicht viel anders gewertet wie die Leistung des Fahrmarktagauktors oder der weiblichen Ringkämpferin. Die Erhaltung der Naturdenkmäler, der privaten Kunstsammlungen wird durch das Reichsbewertungsgesetz nicht gerade erleichtert. Und vielleicht auf keinem anderen Gebiete steuerlicher Erfassung rächt sich die Ueberstülpung juristischen Scharfsinnes so deutlich, aber auch kulturell so nachteilig, wie auf diesem.

Es ist nötig, daß die weitere Öffentlichkeit, und vor allem die Gesetzgebung, diesen Dingen vermehrte Aufmerksamkeit zuwendet.

Die Änderungen in der Strafprozessordnung.

Ausführungsbestimmungen des Preussischen Justizministers.

Das vom Reichstag beschlossene Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung enthält über den Zeitpunkt des Inkrafttretens keine besonderen Bestimmungen; es wird daher zwei Wochen nach dem Tag der Verkündung in Kraft treten. In einer Allgemeinen Verfügung gibt der Preussische Justizminister die wesentlichen Änderungen, die das Gesetz bringen wird, unter Hinzufügung bestimmter Auswirkungen für die preussische Justiz bekannt. Der Amtliche Preussische Pressebericht gibt nachstehend einen Auszug der wichtigsten Vorschriften wieder:

Nach den neuen Vorschriften wird Redakteuren, Verlegern und Druckern einer periodischen Druckzeitung sowie den bei der technischen Herstellung der Druckzeitung beschäftigten Personen das Recht zur Verweigerung des Zeugnisses gegeben, über die Person des Verfassers oder Einsenders einer Veröffentlichung in streitbaren Inhalten, wenn ein Redakteur der Druckzeitung als Täter bestraft ist oder seiner Bestrafung kein rechtliches Hindernis entgegensteht.

Dem der neuen Bestimmungen zugrundeliegenden Gedanken, so bemerkt hierzu der Preussische Justizminister, wird es entsprechen, wenn schon jetzt von der Ausübung des Zeugnisses gegen die vorstehend bezeichneten Personen beim Vorliegen der angegebenen Voraussetzungen Abstand genommen wird. Die Vorschriften wird in Preußen auch für das Disziplinarverfahren Geltung haben, da die Gesetze vom 7. Mai 1881 und vom 21. Juli 1882 entgegenstehende Bestimmungen nicht enthalten und die Heranziehung der StPO. zur Ergänzung daher insoweit der ständigen Praxis der Disziplinargerichte entspricht. Für das ehrengerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte trifft § 66 der Rechtsanwaltsordnung ausdrückliche Bestimmungen im gleichen Sinne; für Rechtsanwälte gelten gleichfalls die einschlägigen Vorschriften der StPO. im Disziplinarverfahren entsprechend.

Personen, die sich wegen Verbrechens oder Vergehens in Untersuchungshaft befinden, wird das Recht gegeben, in münd-

licher (nicht öffentlicher) Verhandlung vor dem für die Untersuchungshaft zuständigen Richter, die für die Aufhebung des Haftbefehls oder des Haftbefehlsprechenden Umstände geltend zu machen. Zu der mündlichen Verhandlung ist, wenn der Beschuldigte nicht vorgeführt wird, oder wenn die Haft zurzeit des Beginnes der mündlichen Verhandlung bereits drei Monate gedauert hat, stets ein Verteidiger zuzuziehen. Der Preussische Justizminister bestimmt hierzu, daß für die rechtzeitige Vereitelung der Verhandlungsraum für bezügliche Verhandlungen, die voraussichtlich insbesondere während der Uebergangszeit in größerer Zahl zu erwarten sind, sofort Sorge zu tragen ist.

Der § 128 StPO, soweit er sich auf die Haftstrafen bezieht, wird durch Vorschriften ersetzt, die — ohne Beschränkung auf das vorbereitende Verfahren — eine richterliche Nachprüfung der Voraussetzungen für die Fortdauer der Untersuchungshaft innerhalb gesetzlich vorgeschriebener oder vom Gericht zu bestimmender Fristen sicher zu stellen bestimmt sind. Im Haftprüfungsverfahren wird bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens auf Antrag des Beschuldigten gleichzeitig auf Grund mündlicher Verhandlung entschieden. Hierzu ernennt der Justizminister an, daß die Staatsanwaltschaft alsbald alle Sachen, in denen die Untersuchungshaft bis etwa Mitte Januar über 2 Monate gedauert haben wird, zu ermitteln hat, damit sie rechtzeitig zur richterlichen Nachprüfung gestellt werden können. Die Oberstaatsanwaltschaften haben die pünktliche Durchführung dieser Vorschriften besonders zu überwachen. Der Wegfall der Haftstrafen wird voraussichtlich vor einer nicht unerheblichen Verminderung der Anträge auf Voruntersuchung führen; hierauf ist bei der Geschäftsverteilung Rücksicht zu nehmen.

Die Ueberwachung des mündlichen Verkehrs des Verhafteten mit seinem Verteidiger darf in Zukunft nur durch den Haftstrichter persönlich oder durch einen beauftragten oder ersuchten Richter ausgeübt werden. In die Anklageschrift ist das Ermittlungsergebnis bei allen Verhören, wenn Voruntersuchung geführt worden ist, auch bei Vergehen aufzunehmen. In allen Fällen, in denen das Ermittlungsergebnis in die Anklageschrift aufgenommen ist, ist diese dem Angeklagten nach der neuen Fassung des § 201 StPO. mitzuteilen.

Die Entlassungsschrift muß auch dem Verteidiger gegenüber gewahrt werden. — Die Revision kann in den Sachen, in denen nach § 313 StPO. die Berufung ausgeschlossen ist, auch auf die Verletzung anderer Vorschriften über das Verfahren als der Vorschrift des § 358 gestützt werden.

Warum sie die Reform der Reichswehrrekrutierung ablehnen.

Zu den Bestrebungen nach gründlicher Reform der Offiziers- und Mannschaften der Reichswehr hat sich auch das „Militärwochenblatt“, ein in Reichswehrkreisen viel gelesenes, vielfach sogar für offiziell angesehenes Organ, Stellung genommen. Seine Ausführungen sind so kennzeichnend, daß ihre wichtigsten Teile im Wortlaut wiedergegeben werden sollen:

„Es muß als voll berechtigt anerkannt werden, wenn der Offiziersersatz zu einem erheblichen Teil den Familien entnommen wird, in denen soldatischer Geist und Führereigenschaften schon durch Generationen heimisch gewesen sind. Pazifisten, Internationale und Feinde jeden Soldatenums, pflegen nicht junge Männer zu erziehen, die auf Kampf eingestellt sind, es sei denn der Kampfkampf gegen eigene Volksgenossen. Wie es unausdenkbar ist und für die Reichswehr selbst als völlig unannehmbar gelten darf, den Offiziersersatz dem Kommandeur aus der Hand zu nehmen, ebenso ist der Gedanke undiskutabel, die Verantwortung für den Mannschaftenersatz dem Kampagneführer zu entwinden. In dem heutigen Freiwilligenheer mit zwölfjähriger Dienstzeit und den hohen Anforderungen, die gerade an unser so kleines Heer gestellt werden müssen, kann nur der Kampagneführer die Verantwortung dafür tragen, daß er sich geeigneten Soldatenmaterial für zwölfjährige Zusammenarbeit auswählt. Was nun gar die Forderung einer parlamentarischen Beschränkung angeht, so bedeutet das kurz und bündig die Untergrabung des Vertrauensverhältnisses zwischen Offizier und Mann, das nach den Verwirrungen der Revolutionszeit in mühsamer Arbeit wiederhergestellt worden ist. Wir können nicht glauben, daß Herrn Löbe und Genossen sich der Tragweite ihres beschäftigten Antrages nicht bewußt sind. Mitihin erkennen wir in dem Vorstoß den planmäßigsten Angriff auf den Bestand der Reichswehr, dieses Trägers der Staatsautorität (!) zu parteipolitischen Zwecken.“

Dazu schreibt das „Berl. Tagebl.“ mit Recht: Die naive Selbstgefälligkeit dieser Kundgebung erinnert, ebenso wie die unzulängliche Beherrschung der

deutschen Sprache an gewisse Generalsreden und militärische Ausrufungen zur Zeit der Jobergs-Debatte. Unserer Ansicht nach ist die Reichswehr nicht der Träger, sondern ein Instrument der Reichsautorität. Auch können wir uns auf keinen Fall damit einverstanden erklären, daß die Wehrmacht der Republik für alle Zeiten nur eine Familienangelegenheit einiger hundert Offiziere vom Hauptmann aufwärts sein soll. Nicht weniger wichtig als das Vertrauensverhältnis zwischen Offizier und Mann scheint uns das Vertrauensverhältnis zwischen Heer und Volk, zwischen Wehrmacht und Staat zu sein. Dieses Vertrauensverhältnis ist aber, und nicht ohne Schulo der Militärs, in den letzten Jahren leider sehr erheblich beeinträchtigt worden. Die Wehrmacht darf sich nicht als Selbstzweck, als Traditionstempel des Kaiserreichs, ansehen. Wir sind „kurz und bündig“ der Auffassung, daß gerade in Interesse der Landesverteidigung eine Aenderung des Rekrutierungssystems und des Offiziersersatzes notwendig ist und darüber hinaus die Einrichtung einer Zivilkontrolle der Militärvorwaltung. Zahlreiche Vorgänge der letzten Jahre und Monate bestärken uns in dieser Auffassung.

Bekämpfung der Mückenplage schon im Winter!

Im Auftrag des Wohlfahrtsministers.

Die im Spätsommer und Herbst vorigen Jahres besonders stark hervorgetretene Mückenplage läßt es wünschenswert erscheinen, daß der Mückenbekämpfung, wie vor dem Kriege, wiederum erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet und eine Vertiefung der Mücken nachhaltig hingewirkt wird. Ein Erfolg wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn die Bekämpfungsarbeiten in den einzelnen Orten und Bezirken gleichzeitig und planmäßig in Angriff genommen werden. Bekanntlich eignen sich hierfür am besten die Wintermonate, wo die Mücken in ihren Schlafstadien — Wohnräumen, Kellern usw. — durch Ausräumen, Abkühlen und Abbläuen mittels Staubsaugers verhältnismäßig leicht zu beseitigen sind. Die Bekämpfung ist alljährlich zu wiederholen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht einem Rundschreiben des Wohlfahrtsministers entnimmt, ersucht dieser die nachgeordneten Behörden unter Hinweis auf frühere Erlasse und auf die Schrift des wissenschaftlichen Mitgliedes der Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, Professor Dr. Wilhelm, „Ueber die Winterbekämpfung der Mücken“, die erforderlichen Anordnungen alsbald zu treffen.

Aus dem Reiche.

Politische Denkmalschändung. In der Neujahrsnacht wurde das auf dem Hohenzollern errichtete Denkmal für Erzberger, Rathenau und Hert mit roter Farbe beschmieret. Nachforschungen nach den Tätern sind eingeleitet.

Die „Berliner Volkszeitung“ feierte am 1. Januar ihr 75jähriges Bestehen. Innerhalb der Blätter des Woffe-Kongress stellt es das für den kleinen Mann berechnete Massenblatt dar, wodurch ihre bürgerlich-politische Linie stets einen gewissen radikalischen Einschlag erhielt. Allerdings besteht sich dieser Radikalismus nur mit Vorbehalt auf die zentralen wirtschaftlichen Fragen. Vor der Angliederung an den Woffe-Kongress hat das Blatt bekanntlich unter seinen leitenden Redakteuren einst auch Franz Mehring zählen können, der von dort aus, nach scharfer Auseinandersetzung mit dem damaligen Verleger, zur Sozialdemokratie überging.

Zubeils Einäscherung. Am Montag nachmittag wurden die sterblichen Reste von Fritz Zubeil dem Krematorium in der Gerichtstraße den Flammen übergeben. Die Halle konnte die zahlreichen erschienenen Freunde und Besucher des Verstorbenen kaum fassen. Auch die Kranzpenden von den Parteiorganisationen aus dem Wahlkreis Zubeil, von den Gewerkschaften und dem Reichsbanner waren außerordentlich zahlreich. Mit „Males Tod“ von Krieg leitete die Musik die Trauerfeier ein. Es folgte der Gesang von „Ein Sohn des Volkes“. Dann nahm Reichstagsabgeordneter Genosse Dittmann das Wort zu einer tief empfundenen Gedächtnisrede über Zubeils Wirken und Leben. Danach sang unter den feierlichen Klängen der Orgelmusik der Satz in die Tiefe, während sich gleichzeitig ehrfurchtsvoll die zahlreichen Reichsbanner- und Parteifahnen senkten.

August von Simson gestorben. An den Folgen einer Grippe ist gestern im Alter von fast 90 Jahren der Senior der Berliner Rechtsanwälte, Geheimrat Justizrat August von Simson, gestorben. Er war der Sohn Eduard von Simsons, des Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung, des ersten Reichstages des Norddeutschen Bundes, wie des Zollparlamentes und des ersten Reichsgerichtspräsidenten. Viele Jahre war der Verstorbene Vorsitzender der Berliner Anwaltskammer, im übrigen großindustrieller Aufsichtsrat.

Ino Völlerbunds-Sekretariat berufen. Wie aus Dresden gemeldet wird, ist der bisherige Generalsekretär der Internationalen Elbe-Kommission in Dresden, Vortragender Legationsrat Dr. v. Renke-Fink, von seinem Posten zurückgetreten, um einem Ruf in die politische Abteilung des Völlerbunds-Sekretariats zu folgen.

Indizien

Roman von Paul Garde.

12] (Nachdruck verboten).

Das Besuchszimmer war ein weingezeichnet, verguldet und angegrauter Raum, durch dessen Mitte ein schwarzes, hartnäckiges Eisenstück ging. Ein Tisch, dessen Platte vom Gitter durchschnitten wurde, ließ von Wand zu Wand, wie das Gitter. Trat man in diesen unheimlichen Raum hinein, so sah man sich gegenüber eines ebenfalls von schweren Eisengittern geschützten Fensters. Zur Rechten des großen Tisch und ein paar Stühle. Erst langsam entdeckte man in der anderen Hälfte des Zimmers eine eiserne Tür. War fest sich auf das Geheiß des Wärters an den Tisch. Dann schlug die Eisentür da drüben auf, mit trockenem Laut, und herein trat derjenige, den man befehlen wollte. Hinter ihm gleichfalls ein Wärter.

Krüger hielt diesen Besuchsraum aus, weil er ihn kannte. Schon früher hatte er Arbeitskollegen in dieser Umgebung beschauen müssen, die meist, weil sie die herrschenden Gewalten politisch geübert hatten, so ihre Besuche empfangen mußten. Aber diesmal war es kein eigener Sohn, der dort aus der eisernen Tür trat, der mit ihm nichts anders als durch Tisch und Gitter getrennt sprechen mußte. Das war das Härtliche, was ihm bisher das Leben angehan.

Und doch schwang aller Erschütterung ein trübender, erhabender Ton unter, als er von diesem tieftraurigen Besuch nach Hause ging; er hatte einen Unschuldigen in die Augen gesehen. Wie war es ihm so klar geworden wie in jenen zehn Minuten, die er seinem Sohn als Häftling gegenüber gesehen, daß dieser das Angehörliche nicht gelassen haben konnte. Wieder und wieder hatte er auf „An eingetretet, doch ist alles zu sagen, was er von jener Seite hatte müßte, alles einzugehen, was er einzugehen hätte. Aber ohne zu zuden, hatte Hans seine fortgehenden Blicke ausgehalten, seine Augen hatten denselben offenen, unangenehm verzerrten, aber völlig reinen Blick beibehalten, die ganze Unterredung über. Nur einmal hatten sie sich mit trübigen Tränen gefüllt, einmal war der junge Mensch aufgeschreckt:

„Vater, ich schwöre dir, ich habe erst von der Polizei zum ersten Male etwas davon gehört, daß der Schlächter tot ist, daß er ermordet sein soll.“

Gellend hatten seine hinausgeschrien Worte von den Wänden widergehallt. Unbeweglich aber standen die Beamten, unbeweglich stehen die Eisenwörter. Nur der Vater ward erschüttert durch den Verzweiflungsausbruch und dieser überzeugte ihn von der Unschuld seines Sohnes. Befreit war er von ihm gegangen.

Erst als er daheim in den Hausflur einbog, hatte es ihm, wie häßliche hämische Stimmen aus irgend einem Winkel des Flurs zugerufen, da damit ja nichts, gar nichts gewonnen sei. Wer war es? Ein Arbeiter, einer unter Millionen, ein Vater, einer unter Millionen. Das Vater des Schlächters.

Derjenige, den das Gericht als am meisten „befangen“ ansehen würde. Nichts bedeutete er für das Schicksal seines Sohnes, nichts bedeutete seine persönliche Ueberzeugung. Fremde Menschen, fremd seinem Sohn, fremd den Verhältnissen, unter denen er aufgewachsen war, entschieden sein Schicksal, entschieden nach „Tatsachen“, nicht nach Glauben und Meinungen. Von Erwerb und Berufswegen, nach unpersönlichen, schematischen Formeln und Maßstäben.

Und wie weit die Ansicht, daß sein Sohn und Egon die Mörder des Schlächtermeisters seien, gedrungen war, erfuhr er oben in seiner Wohnung, wo er seine zusammengebrochene Frau fand.

Frau Krüger war am selben Tage, kurz nachdem ihr Mann gegangen war, mit der fälligen Rente bei der Hauswirtin gewesen. Im Herzen warmes Mitleid für die Witwe, eine Art Zusammengehörigkeitsgefühl mit der ebenfalls vom Schicksal so schwer Betroffenen legend. Aber schon das stehende Dienstmädchen hatte sie entsetzt angefaßt und war mit einer Eile hineingegangen, der Schlächterfrau von ihrem Kommen zu sagen, die völlig nach Frucht ausah. Und kaum war sie im Zimmer verschwunden, als die Witwe wie eine Kurie herausstürzte und Frau Krüger ansah: Roderin, die Rödermutter, und die erkrankte Schloßherrin mit einem Abseil von Schimpfwörtern überschüttete und die Wohnungstür zuschlug. Da war Frau Krüger zusammengebrochen. Hausbewohner, durch den Lärm herbeigelaufen, hatten sie nach oben in ihre Wohnung getragen, trösteten sie mitleidig. Aber auch in ihrem Leben war eine Spitze gegen den Sohn, der keinen so ordentlichen Eltern des angehen hätte. In ihrem Trotz Hang unbarmherzig, so verhält es auch war, ein Schuldig Schuldig!

Zurückbar Stunden, Stunden, die sie der Verzweiflung nahe brachten, waren die nachfolgenden für Frau Krüger gewesen. Allein in der Einsamkeit mit ihrer Angst, die schon

längst allem offenes Ohr geschenkt, was zu Ungunsten ihres Sohnes sprach, mußte ihr Gehirn wirre Gedanken, Pläne der Selbstvernichtung, gebären. Pläne, die vielleicht nur nicht zur Tat wurden, weil sie an ihren Mann dachte, vielleicht auch nur, weil er unerwartet früh wiederlebte.

Als sie ihn aber wieder sah, brach ihr Inneres auf, wie nie zuvor offenbarte ihre Seele ihre ganze Zerissenheit.

Vielleicht war es gerade diese völlige Verzweiflung seiner Frau, die in Krüger den Glauben an die Unschuld seines Sohnes zu felsenfester Ueberzeugung erhärtete. Im harten, heißen Ringen gegen die Hoffnungslosigkeit, die Verzweiflung seiner Frau, festigte sich der Mann. Sie schloß eine Stunde in jener Nacht, Wort und Weinen, Weinen und Wort kämpften

aus ihm gegen den Bann der Schuld, in den die Hysterie der Schlächterfrau, die Leichtgläubigkeit der Nachbarn, seine Frau geschlagen. Es war ein Ringen um Leben und Tod, um Hoffnung und Verzweiflung, ein Kampf um den Glauben an ihr eigen Fleisch und Blut. Ein heißer, zäher Kampf. Und erst als der Morgen bleigrau, schüchtern geist vom rosigen Widerschein kummender Sonne, sich über die Dächer an ihr Fenster schiel, konnte der Mann fühlen, daß er gesteht, daß er den Bann der Nachbarn gestört im Herzen seiner Frau, daß auch sie wieder glaube an ihren Sohn.

Und mit dem Tag kam die Nüchternheit praktischer Ueberlegung, die Frage: Wie können wir die Unschuld unseres Sohnes beweisen, wie können wir das Verhängnis von ihm abwenden? Denn dann erst war alles gewonnen. In seiner Not erinnerte sich Krüger Starke Waren sie nicht einst gute Freunde gewesen? War nicht Starke ein anständiger Mensch geblieben? Niemand wußte von ihm etwas Unrechtes zu sagen, nur das allgemeine Mißtrauen gegen alles, was mit der Polizei zusammenhing, hieß die Arbeiterbevölkerung des Ostviertels ihn meiden. Warum sollte er nicht versuchen, ihn von der Unschuld seines Sohnes zu überzeugen?

Krüger beschloß, mit dem Kommissar zu reden. Noch am selben Abend, zu der Zeit, in der Starke sonst in der Oststraße zu patrouillieren pflegte, ging der Schloßherr hinunter, um mit ihm zu sprechen. Es wurde ein langes, banges Warten. Und vergeblich. Starke ließ sich nicht sehen. Ohn. Erfolg mußte Krüger wieder hinaufgehen, grübelnd, ob Starke ihn nun auch, als den Mörderwider, mied?

Wenn Starke an jenem Abend nicht die Oststraße entlang patrouillierte, war es, weil er mit dem Untersuchungsrichter konferierte, dem die Akten gegen Rettau Gustav Karbachy übergeben worden waren.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Aufstandsbewegung in Niederländisch-Indien.

Die aufständische Bewegung in Niederländisch-Indien hat sich nicht lange gehalten. Wenn auch die offiziellen Berichte stark frisiert sein werden, so scheint die holländische Regierung zur Zeit doch wieder vollständig Herr der Lage zu sein. Allerdings kann sie sich noch nicht ganz sicher fühlen, weil sie nicht die sofortige Deportation von Hunderten von Aufständischen durchführen, die nur darum verständlich ist, wenn sie befürchtet, daß die Aufständischen einen breiten Anhang unter den Volksmassen haben. Und dies ist der Fall. Die nationale Bewegung gegen Holland, dessen Kolonien achtmal so viel Einwohner haben wie Holland selbst, diese Bewegung ist ein kleiner Teil der gesamten nationalen Bewegung, die in Asien und Afrika sich gegen das Eindringen des fremden Imperialismus wehrt bzw. den eingebourgenen wieder zu verdrängen sucht. Die Siege der Kantonomie in China, die Konsolidierung der Angorastärke, die Kämpfe Indiens um die Selbstverwaltung, die ägyptische Freiheitsbewegung, die Kämpfe in Syrien und Marokko, die Dezentralisationsbestrebungen in den englischen Dominions, all dies sind Erscheinungen des neu erwachten Lebens in Gebieten, die bisher dem Imperialismus kaum größeren Widerstand entgegen setzten. Erscheinungen, die natürlich die holländischen Kolonien mit ergriffen haben, und zwar nicht nur die einheimische Bevölkerung, sondern auch, z. B. in Java, die große Zahl der eingewanderten Chinesen, die die nationale Bewegung sehr reichlich mit Geld unterstützen haben und noch unterstützen.

Die nationale Bewegung in Niederländisch-Indien kann weltgeschichtlich einmal von außerordentlicher Bedeutung werden. Man braucht sich nur die geographische Lage des Landes zu vergegenwärtigen. Die holländischen Kolonien bilden das Bindeglied von Indien nach Australien. Sie sind die einzigen Territorien am Rand des Indischen Ozeans, die noch nicht in englischer Hand sind. Die Engländer wissen, daß sie Singapur nur mit Hilfe Hollands verteidigen können. Kein Wunder, daß der „Daily Telegraph“ schreibt: „Es ist durchaus möglich, daß wir in der nächsten Zeit Zeugen eines holländisch-englischen Flottenabkommens sein werden.“ Wenn Colin Ross in seinem Buche „Heute in Indien“ schreibt: „daß Niederländisch-Indien das Bestreben des östlich-pazifischen Krieges sein wird“, so bewerten diese Worte deutlich genug die entscheidende politische Rolle, die Niederländisch-Indien für die Weiterentwicklung des Imperialismus einmal haben kann.

Holländisch-Indiens nationale Bewegung weist nun gegenüber der anderer großer asiatischer Gebiete — wie China und Indien — entscheidende Abweichungen auf. Die niederländischen Kolonien haben im Gegensatz zu China mit Indien gemeinsam, daß sie zur Zeit, als die nationale Bewegung ganz Asien umgreift, bereits Kolonialstaaten sind, von einer Macht unterworfen sind und daher nicht wie China aus den Rivalitätskämpfen der fremden Imperialismen Nutzen ziehen können. Im entscheidenden Gegensatz zu Indien und China gibt es aber in Niederländisch-Indien keine nationale Bourgeoisie und es wird sie voraussichtlich in absehbarer Zeit dort nicht geben. Die gesamten Pflanzungen wie die gesamte größere Industrie sind in den Händen fremder Kapitalisten aus den Niederlanden und England; seit kurzer Zeit ist auch amerikanisches und chinesisches Kapital in Niederländisch-Indien tätig. An den Pflanzungen ist das holländische Kapital noch mit zwei Drittel des Gesamtkapitals beteiligt, das Petroleum gehört der Royal-Dutch-Shell-Gruppe, und die amerikanische Gummindustrie hat in letzter Zeit begonnen, große Gummipflanzungen auf dem gesamten Malayischen Archipel anzulegen, die bereits mehr als 45 000 Hektar bedecken.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich in nächster Zeit eine Verschiebung zugunsten der Inländer ergeben wird, denn das Land, das für Plantagenbetrieb im großen geeignet ist, ist bereits völlig in fremden Händen. Und was von den Plantagen gilt, gilt gleichermaßen von den Industrie-Unternehmungen: das einheimische Kapital ist nur in den Unternehmungen vertreten, die keine großen Investitionen notwendig machen.

Das holländische Industrie-Departement hat eine Untersuchung angestellt über die Verteilung der Unternehmungen auf einheimische und Ausländer; die Untersuchung hat zu

folgenden Ergebnissen geführt. Der größte Teil der einheimischen Betriebe arbeitet überhaupt ohne Lohnarbeiter bzw. mit 1-5 Arbeitern, noch nicht einmal 300 Betriebe arbeiten mit 11 Arbeitern, der größte einheimische Betrieb ist eine Diamantschleiferei, die 200 Arbeiter beschäftigt. In der Petroleumindustrie, in der Maschinenindustrie, im Bergbau, in der Zuckerproduktion ist kein einziger Betrieb in einheimischen Händen. Nach all dem ist es kein Wunder, daß die Einkommenverteilung zeigt, daß 88 Prozent der indischen Steuerzahler ein Einkommen besitzen, das 1000 fl. nicht erreicht und daß noch nicht einmal 200 Inländer ein Einkommen über 8000 fl. verdienen, gegenüber 8000 Ausländern. Dieser Tatbestand nun, daß es in Niederländisch-Indien weder einen großen indischen Plantagenbesitzer noch eine indische Bourgeoisie gibt, ist für die weitere Entwicklung der nationalen Bewegung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In Britisch-Indien hat sich die englische Herrschaft lange Zeit auf die Grundbesitzerklasse gestützt, die nur einen Teil der Fronde der Bauern an die Engländer abtrat, und da sich während des englischen Regimes die Produktivität der Landwirtschaft hob, absolut keine Verringerung ihres Einkommens erfuhr; kein Wunder, daß sie sich bis auf den heutigen Tag gegen die nationale Bewegung Indiens ausprägen läßt. Einen einheimischen Großgrundbesitzer gibt es, wie gezeigt, in Niederländisch-Indien nicht. Diese Möglichkeit also, einen Keil in die nationale Bewegung zu treiben, besitzen die Holländer nicht.

In Britisch-Indien bildete sich, wenn auch zunächst von den Engländern sehr gehemmt, eine eigene Bourgeoisie als Leiterin einer eigenen Industrie heraus. Auch sie konnte man zeitweilig durch Gewährung ökonomischer Vorteile, durch Beteiligung an der Verwaltung von der nationalen Bewegung trennen — ein Vorgang, der auch für die nächste Geschichte Chinas noch wesentlich werden kann. Die Kämpfe zwischen dem rechten und linken Flügel in der chinesischen Ku-Min-Tang-Partei sind nichts anderes als der Streit um die Führung in der nationalen Bewegung, der zwischen dem Proletariat auf der einen Seite und der Bourgeoisie auf der anderen Seite entbrannt ist. Wenn die fremden Imperialismen in China überhaupt die Möglichkeit zum ständigen Eingreifen besitzen, dann darum, weil ein wesentlicher Teil der chinesischen Bourgeoisie wie der Großkaufmannschaft dieses Eingreifen unterstützen, da sie sich gegen das „rote“ Kanton wenden. In Niederländisch-Indien gibt es keine einheimische Bourgeoisie, und so ist dem holländischen Imperialismus auch diese Möglichkeit genommen, die eine Klasse der einheimischen Bevölkerung gegen die andere auszuspielen und so auf diese Weise seine Herrschaft zu verlängern.

Die nationale Bewegung in Niederländisch-Indien ist niedergeschlagen, doch nur heute niedergeschlagen: denn die Bedingungen, die sie hervorgerufen haben, sind im Kapitalismus nicht zu beseitigen. Sie wird bald wieder ausbrechen, da sie eine besondere Stützpunkt hat: das Klassen- und das nationale Element gehen bei den Eingeborenen Niederländisch-Indiens aufammen, wenn sie den holländischen, überhaupt den fremden Imperialismus bekämpfen. G. E.

Kleine Auslandsnachrichten.

Zur Frage der Güterenteignung in Island. Beim Jahresabschluss stand es bereits fest, daß der Antrag der estnischen Sozialdemokraten auf Richtigkeit der einseitigen Güterbesitzer (fast ausnahmslos Deutschen), die für eine Volksabstimmung geschliche vorgelegene Zahl von Unterschriften erhalten hat. Für die Volksabstimmung selbst schreibt das Gesetz vor, daß sich für den in Frage kommenden Antrag die Hälfte aller an den letzten Wahlen beteiligten Wähler erklären muß. Im vorliegenden Fall würde es sich um eine Zahl von etwa 260 000 Stimmen handeln.

Deutschamerikaner im New Yorker Zeitungswesen. Das angesehenste New Yorker Handelsblatt „Journal of Commerce“ sowie der „Newport Commercial“ sind von den Gebrüdern Ridder, den Verlegern des führenden deutsch-amerikanischen Organs, der „New Yorker Staatszeitung“, aufgekauft worden. Sie werden von jetzt ab unter der Leitung des bisherigen Chefredakteurs des „Journal of Commerce“, Dr. S. Parler Willis, als ein Blatt unter gemeinsamen Titel erscheinen. Die Auflage der beiden Blätter zusammen beträgt etwa 40 000 Exemplare. Der Kaufpreis wird mit rund drei Millionen Dollars angegeben. Die Gebrüder Ridder übernehmen zwei Drittel der Bonds, die öffentlich ausgeteilt werden, um die Transaktion zu finanzieren.

Feuergefecht im Keller.

In der Nacht zum Montag kam es in der Joststraße 1 in Berlin zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen Polizeibeamten und Einbrechern, die einem Wollwarengeschäft einen Besuch abstatteten. Die Polizeibeamten fanden die Verbrecher schließlich im Keller, wo sie sich in einem Gang hinter einer Barrikade aus Kisten verhielten. Gleich nach dem Ruf „Bahn frei oder wir schießen!“ eröffneten sie ein wildes Feuer auf die Beamten. Nachdem sie sich erschossen hatten, kletterten sie auf den Boden eines Nachbarhauses. Hier konnte einer der beiden Verbrecher festgenommen werden.

Ein Justizobersekretär verhaftet.

Der Justizobersekretär Riesner, der seit Jahren bei der Strafabteilung des Potsdamer Amtsgerichtes tätig war, ist wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet worden. Riesner hatte Strafgelder in größeren Mengen unterschlagen und die Akten der Verurteilten beiseite geschafft. Da es im Laufe der Zeit mehrfach zu Pfändungen bei Personen kam, die ihre Geldstrafen schon längst auf dem Amtsgericht bezahlt hatten, wurde die Unterschlagung allmählich entdeckt. Riesner, der telegraphisch aus seinem Weichnachtsurlaub zurückgerufen und verhaftet wurde, hat nach längerem Leugnen seine Straftaten eingestanden. Die beiseite gestellten Strafgeldern fanden sich in Kisten verpackt und vergraben, in seiner Gartenlaube.

Der weibliche Bauernknecht.

Vor dem Kreisgericht in Leoben hatte sich der zwanzigjährige „Bauernknecht“ Marie Anton wegen Zügellosigkeit und unbefugten Tragens von Männerkleidern zu verantworten. Sie war vier Jahre lang als Knecht Johann auf einem Gute tätig. Erst bei der Geburt ihres unehelichen Kindes wurde sie in der Klinik der Kreisstadt als Frau erkannt. Auf das Gericht, daß der Knecht Johann ein Kind bekommen habe, begab sich der Vorposten ins Kreisstrafenhaus, wo er statt des Johann die Marie fand. Den Richtern erklärte das Mädchen, daß es die Männerkleidung auf den Rat ihres Onkels — der auch der Vater des Kindes wurde — angelegt habe. Sie habe bis dahin keine Arbeit erhalten können, während sie hernach sofort eine Stellung als gutbezahlter Knecht bekommen habe.

Im Eis der Arktik gesunken.

Der deutsche Dampfer „Walter Hoelder“ geriet auf der Reise von Stockholm nach Ventingrad in der finnischen Bucht auf Treibeis. Infolge eines schweren Sturmes wurde der Dampfer

Breslau (Land)-Neumarkt.

Klein-Kandau. Reichsbanner Schwarz. Rot-Gold. Sämtliche Spielzeuge des Banners haben sich Donnerstag, den 6. Januar, um 7½ Uhr, bei Frau Rühlke in Cosel zur Auktion einzufinden. Jeder Spielmann hat pünktlich zu erscheinen. Der Spielleiter.

Klein-Sägewitz-Neumarkt. Freitag, den 7. Januar, abends 7½ Uhr, findet in Rabowitz bei Seidel an der diesjährige Generalversammlung statt. Genossenschaftssekretär Schiller ist einwohrend. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, zu erscheinen.

Malkow. Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung der SPD. bei Herrsch. Redner: Genosse Lehrer Kiontz. Alle Parteimitglieder müssen pünktlich zur Stelle sein.

Neumarkt. Letzte Stadtratsversammlung. Die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge, soweit der Etat überschritten wurde, wurden bewilligt. — Zustimmung erfolgte zur Verpachtung eines Ackerstückes an Müllermeister Meißner. — Zum Aufbau des Zoologischen Gartens Breslau wurden fünf Aktien à 20 Mark genehmigt. — Für die Erhaltung der alten Stadtmauer sollen 1927 und 1928 je 500 Tausend in den Etat gestellt werden, sofern der gleiche Zuschuß von der Provinz geleistet wird. — Als Kostenscheine für den Bauauschuss folgende Arbeiten vor: Instandsetzung des Siedlerweges und Planung der Wiesen auf der Gutung und Längen Vieh-, Wegeausbesserung und Erweiterung der Kaltbadeanstalt. Stadtv. Gen. Nawroth beantragte Verlegung, da die Regierung auf dem falschen Standpunkt stehe, daß solche Arbeiten als Pflichtarbeiten ausgeführt werden sollen, es müsse erst der Standpunkt der Regierung geklärt werden. Der Bürgermeister schlägt vor, der Vorlage im Prinzip zuzustimmen, dem schließen sich die Stadtv. Genossen Ostkille und Paul Otto an, damit kein Reizverlust entsteht. Pflichtarbeiten lehnt die Stadtratsordnungsbereitschaft ab, da für beide Teile nichts dabei herauskommt und stimmt die Beschlussung der Vorlage im Sinne des Bürgermeisters zu. — Für die Neubauten am Wallzevi, Konrad- und Junkerstraße, sollen 35 000 Mark Hypothek aufgenommen werden. Die Vorlage wurde angenommen. — Es wurde beschlossen, Architekt Prochnow und Eisenbahnassistent Tiche, einen Bauplatz zum Preise von eine Mark pro Quadratmeter zu überlassen. — Einer Kaderpolitikübertragung wird zugestimmt. — Nicht angenommen wird der Entwertung der Bäume in der Götterstraße. — Die Beförderung der freigeordneten Pfarrstelle ohne Ausfertigung wird mit neun gegen sechs Stimmen gutgeheißen. Stadtv. Gen. Nawroth beantragte hierzu, daß der Magistrat von seinem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch gemacht hat und beantragte Ausfertigung. Stadtv. Genosse Ostkille bezweifelt, daß der Vortrag von der ganzen Gemeinde ausgehe, sondern nur der Wunsch einiger Herren sei. — Ein Schadenersatzanspruch für Bahnbau in Höhe von 6150 Mark wird anerkannt, des ferneren der Zuschuß von 500 Mark zur Kreisnothilfe bewilligt. — Die Genehmigung zur Bildung des Zweigverbandes (Gymnasium) zwischen Kreis und Stadt regte eine überaus lebhafte Debatte. Da der Kreis die Hälfte der Kosten für das Volksgymnasium nicht mit tragen will, sondern sich auf die Beiträge des Kreises von 1924 limitiert, erachtet die Befragung für die Stadt als fast untragbar. Stadtv. Gen. Ostkille betonte, daß sich keine Fraktion ganz energisch dagegen wehren würde, wenn der Versuch gemacht werden sollte, diese Mehrbelastung auf die minderbemittelten Schichten durch Erhöhung von Licht und Wasser usw. abzuwälzen. Die Steuern, welche das Gymnasium in erhöhtem Maßstabe erfordere, sind unbedingt auf die Schultern derer zu legen, die das Gymnasium beschäftigen haben. Stadtv. Gen. Nawroth bemerkt, daß die Volksschulen unter keinen Umständen durch das Gymnasium in Mitleidenhaft gezogen werden dürfen. Der § 19 der Vorlage fand Ablehnung, im übrigen wurde die Vorlage leider mit 11 gegen 4 Stimmen angenommen, also der Gründung des Zweigverbandes zwischen Kreis und Stadt zugestimmt. Anschließend geheime Sitzung.

Neumarkt. Die Geminnliste der Arbeiter-Wohlfahrtslotterie ist eingetroffen und kann in der Verkaufsstelle des Konsumvereins eingesehen werden.

Malkow. SPD. Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Provinz“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Wasserstand

	4. Januar.		
Katthor.	2,20	Kanier. (Unter-Vegel)	4,62
Welle (Stadt) n. 3. 1.	0,14	Dobbenfuh	3,69
Neulandung (Unter-Vegel)	2,97	Abfuhrmenge e.-adlich 379 cbm	
Arien (Mittelrand)	3,98	Küstenberg o. 3. 1.	2,22
Treiben	2,42	Wasserwärme	+2,4

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Aus aller Welt.

Beschäftigung engagementsloser Bühnenkünstler.

Die Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung und der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger haben zu einem raschen, erfreulichen Ergebnis geführt. Die Reichsarbeitsverwaltung hat aus Reichsmitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge einen Betrag zur Verfügung gestellt, der es ermöglicht, engagementslose Bühnenkünstler für den Rest der laufenden Spielzeit in Gastspielensembles zu beschäftigen. Es sollen in fünf im Sommer Kreis zu überweisen Entlohnungen von Schauspielern und Sängern beschäftigt werden, die allmonatlich abgelöst werden. Die Gastspielgruppen werden von der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger zusammengestellt. Die notwendigen Vorbereitungen sind bereits in Angriff genommen worden.

Mordanzeige durch Expreßler.

Es hat nicht lange gedauert, bis der Magdeburger Fall Haas, der bisher in der deutschen Kriminalgeschichte einzig dastand, ein nicht minder sensationelles Gegenstück gefunden hat. Der Freiburger Holzindustrie Dr. h. c. Hermann Himmelsbach, Ehrenvorsitzender des Süddeutschen Industriellenverbandes, ist das Opfer eines Streiches geworden, der so weit glückte, daß eine Voruntersuchung wegen Anstiftung zum Mord gegen ihn eingeleitet worden ist. Durch falsche, eidesköttliche Verleumdung eines Expreßler-Konjunktions wurde er beschuldigt, die Anstiftung zur „Beleitzung“ des Herausgebers der Berliner Tageszeitung, „Der Holzmarkt“, Otto Fernbach, gegeben zu haben. Schon war Haftbefehl gegen Dr. Himmelsbach erlassen, als sich im letzten Augenblick das Dunkel lichtete. Das Verfahren wurde sofort eingestellt, die beiden Expreßler, namens Breslauer und Schneider, in Berlin verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein Drohnenhändler erschossen.

In der Nacht zum Montag fiel in Hannover der Kraftdrohnenführer Lohsbücker einem Raubüberfall zum Opfer. Gegen 1/2 Uhr morgens betrogen fünf junge Leute im Alter von etwa 25 Jahren am Hauptbahnhof seinen Wagen. Bereits 15 Minuten später wurde der Wagen etwa 200 Meter vor dem Dreyse Bornum auf der Chaussee gefunden. Der Chauffeur Lohsbücker lag mit einem Schuß im Gesicht schwer verwundet am Steuer. Er war bereits auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Geschloßhülle lag im Innern des Wagens. Das Beifahrersitz war dem Chauffeur geraubt.

der Eismassen gegen das Schiff so stark, daß es led wurde und innerhalb weniger Minuten zu sinken begann. Die 16 Passagiere und die Mannschaft konnten sich im letzten Augenblick auf eine Eishölle retten, von wo sie durch den Eisdreher „Venus“ befreit wurden. Das Schiff hatte, entgegen den Seebestimmungen, keine Funanlage an Bord.

Der Schwarzmeer-Expreß entgleist.

In der Neujahrsnacht entgleiste kurz vor Mitternacht der Expreß, der von Butarek nach Konstanza am Schwarzen Meer fährt. In der Gegend von Jassy des bayrischen Trains. Mehrere stark besetzte Wagen waren zerrümmert. Acht Personen fanden den Tod, darunter ein Eisenbahnbeamter. Das Unglück soll auf ein Attentat zurückgehen.

Der Wiederaufbau von Leninathan.

Der Wiederaufbau der durch das Erdbeben zerstörten Stadt Leninathan in Sowjetarmenien ist in Angriff genommen und schreitet fort, obgleich dabei bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden sind. Eine dieser Schwierigkeiten ergibt sich aus dem großen Verlust an Vieh, welches die Bevölkerung erlitten hat. Da etwa 7000 Bauernwirtschaften ihr Vieh ganz oder teilweise eingebüßt haben, muß das Rote Kreuz die notwendigen Viehvorräte für die kleinen Kinder auf weite Entfernungen herbeischaffen. Aus verschiedenen Teilen des Sowjetbundesgebietes sind Hilfsmittel verschiedener Art nach Leninathan geschickt worden. 695 Eisenbahnwagen mit Balken und Brettern sind unter anderem zur Errichtung von Häusern über den Hafen von Batum in das Erdbebengebiet gelangt. Große Vorräte an Kleidern und Kindermänteln hat das Rote Kreuz geliefert. Nach dem 1. Januar sollen die Schulen in Leninathan ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Das Welt-Fingerringzentrum unter Wasser.

Die malaisischen Staaten wurden durch Überschwemmungen verwüstet. Nach den an die Küste gebachten Nachrichten eines eingeborenen Boten, der von Pahang kam und auf einem Boot von 18 Gemeinen zurücklegte, soll der wichtigste Fingerringwerksdistrikt in der Gegend von Pahang unter Wasser stehen. Die Europäer sollen sich auf die Bäume geflüchtet haben.

Neues in Automobilen.

Die Automobilliebe von Chicago haben im Jahre 1926 mit 12 521 Kraftwagen im Werte von 9 500 000 Dollar einen neuen Rekord aufgestellt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Januar.

Die Breslauer Sozialdemokratie vor fünfzig Jahren.

I.

Das Wahljahr 1877.

Am 10. Januar 1877 fanden in Deutschland Reichstagswahlen statt, und auch die Breslauer Sozialdemokraten standen in diesem Kampfe ihren Mann.

Am in der ganzen Provinz Schlesien die Agitation kräftig befehlen zu können, hatten die Genossen nach Breslau einen Schließlichen Arbeitertag einberufen, der auch die Reichstagskandidaten nominierte.

Einmal hätte der Breslauer Westkreis noch einen besonderen Wahlsatz zu befehlen gehabt, denn reichlich ein Vierteljahr vor den allgemeinen Neuwahlen war der bisherige Abgeordnete des Kreises, Franz Hegeler, gestorben und die Regierung hatte zunächst eine besondere Neuwahl für den Westkreis ausgeschrieben.

Die Sozialdemokraten hatten beschlossen, sich an dieser Wahl nicht zu beteiligen, um ihre Kräfte für die Hauptwahl zu konzentrieren. Auf Antrag der städtischen Behörden fand die Wahl nicht statt.

Die Tätigkeit unserer Genossen war in diesem Wahlkampfe besonders lebhaft und warmen wiesen die liberalen Blätter mehrmals darauf hin. In der 'Wahrheit' erschien ein Aufruf der die Notwendigkeit ausdrückte, daß jeder, der sich zur Partei bekennen wolle, sich wenigstens ein wenig an der Vertrauensliste zu beteiligen habe.

Besonders scharf war ihr Kampf mit den Fortschrittler, in deren Versammlungen sie eindringen, aber nicht mehr das Wort erhielten. Sie nahmen sich dieses Recht, um sich dort gegen die ihnen zuteil gewordenen Beschimpfungen zu wehren.

Die Wählerlisten waren außerordentlich mangelhaft aufgestellt worden, und hunderte von Arbeitern kamen dadurch um ihr Wahlrecht. Man hatte entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Arbeiter nicht in die Listen aufgenommen, weil sie noch nicht ein Jahr in Breslau wohnhaft waren.

Bei der Hauptwahl wurden folgende Stimmen abgegeben: Im Ostkreise: Stein (Fortschrittler) 3710; Lasker (Nat.) 2957; Bähle (Soz.) 4273, zu denen noch 2012 Zentrumsstimmen kamen.

Der Ausgang dieser Wahl zeigte, daß die Furcht der Fortschrittler durchaus berechtigt war, denn er brachte der Sozialdemokratie gegenüber dem Jahre 1874 einen Stimmenzuwachs von 349 Prozent, während die allgemeine Stimmenzunahme sich auf nur 48 Prozent stellte.

Am 26. Januar fiel die Entscheidung, bei der Stichwahl wurden nachstehende Stimmen abgegeben: Im Ostkreise: Dr. Lasker 9935; Bähle 7826. Im Westkreise: Dr. Hänel 10422; Krüder 7276.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie waren unterlegen, doch vermochten die Fortschrittler und Nationalliberalen, die sich zur Stichwahl gegenseitige Wahlunterstützung zuteil werden ließen, zusammen ihre Stimmen nur zu vernehmen, wie die Sozialdemokratie es aus eigenen Kräften tun konnte.

Sowohl Dr. Lasker, wie Dr. Hänel lehnten das Mandat wegen Doppelwahl ab, und so mußten die Breslauer Wähler zum dritten Male zur Wahlurne schreiten. Die Sozialdemokraten behielten für die Nachwahl, die am 27. Februar 1877 stattfand, ihre beiden Kandidaten Bähle und Krüder.

Unsere Genossen nahen den neuen Wahlkampf nach Kräften aus. In einer glänzend besuchten Versammlung rechneten sie bereits am dritten Tage nach der Stichwahl mit den unerhörten Wahlergebnissen der liberalen Parteien ab.

weitere Versammlungen, in denen u. a. W. H. S. J. S. und August Kappel sprachen. Der Gegenstand war in dem eben beendeten Wahlkampfe, als der erste sozialdemokratische Abgeordnete aus Schlesien, für den Wahlkreis Reichenbach-Neurode in den Reichstag eingezogen.

Wie bei Nachwahlen üblich, war die Wahlbeteiligung etwas schwächer geworden. Die Auswachen der Sozialdemokraten waren gelungen, da diesmal Nationalliberalen und Fortschrittler von vornherein zusammenzogen. Die Nachwahl ergab: Im Ostkreise: Molinari 8956; Bähle 7815; Im Westkreise: Bürgers 9976; Krüder 7236 Stimmen.

Die beiden sozialdemokratischen Kandidaten waren unterlegen. Erst im nächsten Jahre (1878) entsandten die Breslauer Arbeiter in G. P. Reinders ihren ersten Vertreter in den Reichstag.

Kurios „Das Weltbild des modernen Arbeiters“.

Jungarbeiter, durchbricht das Bildungsmonopol der bürgerlichen Gesellschaft! Kommt in die Arbeitergemeinschaft der Jungsozialisten und arbeitet mit an der Revolutionierung der Welt. Werdet junge Kämpfer!

Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für das Jahr 1926.

Allgemeines.

Bei Herausgabe eines Jahresberichtes soll ein Rückblick gegeben werden über die mannigfaltige Gestaltung geleisteter Arbeit, ihre Erfolge — Verlust oder Gewinn — und die Meinung von der Zukunft. Auf Grund des zugewiesenen Raumes kann nur das Allernotwendigste verhandelt werden.

Die Politik der deutschen Sozialdemokratie als richtig erweisen, sondern darüber hinaus auch die der Internationale. Genf, Locarno sind die Etappen in diesem Kampfe um die Verwirklichung der Ziele.

Wahlen.

Zum ersten Male in Deutschland traten in der Zeit vom 4. bis zum 17. März die Wähler zu einem verfassungsmäßigen Willensakt an die Urnen.

Am 27. Juni waren die Elternbeiratswahlen. Zur Einleitung waren im Mai acht öffentliche Volksversammlungen. Es schlossen sich daran im Juni noch vier weitere, in denen die Eltern über den Zweck der Wahl aufgeklärt wurden.

Am 27. Juni waren die Elternbeiratswahlen. Zur Einleitung waren im Mai acht öffentliche Volksversammlungen. Es schlossen sich daran im Juni noch vier weitere, in denen die Eltern über den Zweck der Wahl aufgeklärt wurden.

Verwaltung und Versammlungen.

Die fortwährend bestehende Hochspannung und die Borarbeiten zu den politischen Aktionen verlangten eine rege Tätigkeit des Vorstandes, der Funktionäre und des Sekretariats.

Achtung, Erwerbslose!

Nicht die arbeitslosen SPD-Mitglieder und Reichsbannerkameraden haben Mittwoch, den 5. Januar, nachmittags 2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung, wie es in der geistigen Bekannmachung irrtümlich hieß, sondern die

arbeitslosen Frauen und Mädchen.

Die Tagesordnung ist wichtig, alle müssen erscheinen.

Nord und Selbstmord aus verhämmelter Liebe.

In der letzten Nacht, gegen 1,30 Uhr, erschloß der Kraftwagenführer Erich Neßlingshoff, geb. 18. 10. 1896 zu Breslau, hier, Fildergasse 17b, wohnhaft, seine Geliebte Emma Maunz, geb. 1. 7. 1897 zu Breslau, hier, Westendstraße 71, wohnhaft, vor dem Hause Westendstraße 71 mit einer Selbstladerpistole (Wagnard, Kaliber 7,65 Millimeter). Der Täter verübte hierauf Selbstmord. Das Motiv zu der unglücklichen Tat dürfte in verhämmelter Liebe zu suchen sein.

Frauenleiterinnen und weiblichen Funktionäre zusammen. In jeder derselben wurde ein belehrender Vortrag gehalten, u. a. über Schule und Elternbeiräte, Geschichte der Sozialdemokratie, Einführung in das Parteiprogramm, und ein Abend war der Technik der Versammlungsleitung gewidmet.

Allgemeine Veranstaltungen.

In den Rahmen der allgemeinen Veranstaltung fielen die Ausdehnung auf dem Neumarkt am Sonntag, den 7. März, als Fialeitung zum Volksbegehren mit den Genossen Hugo Frey und Stöpe als Redner. Am 10. März fand in demselben Saale eine Frauenkundgebung statt, in der die oberösterreichische Landtagsabgeordnete Genossin Johanna Wien über „Internationales Frauenrecht und Frauenforderungen“ sprach.

Am 25. August Genossin Dr. Wegscheider gegen die unwürdige Stellung der Frau besonders im heutigen Familienrecht. Genossin Dr. Bertha Epstein-München sprach am 27. September gegen die Todesstrafe im neuen Strafgesetzbuch. Eine besondere Entschiedenheit wurde an die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sowie an das Plenum des Reichstages gefordert.

Agitation in den Betrieben.

Betriebsversammlungen wurden vom Sekretariat aus 18, Betriebsvertrauenskreise-Versammlungen elf und zwei — andere Betriebsversammlungen einberufen. Die Agitation in den Betrieben ist sehr eifrig, zum größten Teil durch die Juristinnen

Wirtschaftliche Not, doch wird dessen ungeachtet dieser Arbeit weiter...

Beamtensorganisation. Noch lange nicht ist das Beamtentum mit dem Gedanken erfüllt...

Arbeit der Distrikte. Wie in den Gesamtorganisationen, so war auch die Arbeit in den einzelnen Distrikten recht lebhaft...

Flugblatt-Verbreitung. Mit der wertvollsten Arbeit im Parteileben gehört die gewissenhafte Flugblattverbreitung...

Unsere Toten. Unerbittlich ist der Allbezwinger Tod auch in diesem Jahre erhebliche Räden in unsere Reihen...

Wirtschaftliche Ueberfälle in der Kaiser-Wilhelm-Strasse. Gegen 2 Uhr nachts wurden in dem Teil Kaiser-Wilhelm-Strasse von der Viktoriastraße bis zum Reichspräsidentenplatz...

Schließung von Kinderhorten. Das Städtische Jugendamt schreibt uns: Infolge der schwierigen Verhältnisse sind wir...

Eine Versammlung der Schansteiler fand am 20. Dezember im Restaurant der 'Neuen Börse' statt...

Ueber 'Erwerbsarbeit, Schwangerschaft und Frauenleid' spricht Freitag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses...

Amtl. Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Kitzbühn bei Bresslau. (Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Das Wetter im Gebirge. Schneehöhe: 78 Zentimeter; Schneeschieferhaus: Schneehöhe 261-280, Schneebelagenheit: vereist...

Table with 7 columns: Datum, Temperatur (heut, Nacht, Min), Wetter, Wind, Niederschlag, Schneehöhe. Contains weather data for various locations like Gränbers, Berlin, etc.

Table with 7 columns: Datum, Temperatur, Wetter, Wind, Niederschlag, Schneehöhe. Contains weather data for various locations like Gränbers, Berlin, etc.

Bereinstalender. Steinarbeiter (Sektion der Steinmetzen). Mittwoch, den 5. Januar, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 10, pünktlich 7 Uhr...

Aufgaben und Aufgaben der Internationale. 1. Vortrag: Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses...

Wichtig für Republikaner! In Nr. 12 des Nachrichtenblattes des Breslauer Arbeitervereins wird unter den Geschäftsangelegenheiten...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36. Telefon: Dhr. 5952.

Direkt 1. Heute, Dienstag, den 4. Januar: Wichtige Funktionärstreffen im Distriktslokal. Wegen der Lichtlosigkeit mühen sämtliche Funktionäre...

Jugendsozialisten. Neben Mittwoch jugendsozialistische Arbeitsgemeinschaft. Gruppe Ohlauer Tor, Stehlehner Tor...

Gesamtveranstaltungen. Sonnabend, den 8. Januar: Arbeitskreis für Funktionäre und Interaktierte. Dienstag, den 11. Januar: Das Lied im Dienste der Arbeiterbewegung...

Freiwerbschaftliches Jugendblatt. Heimkommission. Donnerstag um 7 Uhr: Sitzung. Metallarbeiterjugend. Vertrauensleute! Dienstag Weiterbesprechung unseres Berichts...

Engerer Vorstand. Heute abend 8 Uhr: Sitzung in der Fürstenschule. Kassierer. Heute abend Abrechnung in der Fürstenschule, nicht im Zimmer 70...

Konzerte - Theater - Vergnügungen. Unsere einheimische Konzertführerin Herta Gluckmann ist auf Grund ihres so erfolgreichen Breslauer Ueberabends für ein Konzert nach Berlin und Wien verpflichtet worden...

Der Arzt begleitete früh gegen 5 Uhr eine Dame bis zu ihrem Hause auf der Monhauptstraße. Dort wurde er von mehreren Personen belästigt. Rattke kürzte sich auf ihn, warf ihn zu Boden und ließ ihm ein Stück Haie ab...

Kleinliber-Schützenverein 'Republik'. Mittwoch, den 5. Januar, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung sämtlicher Abteilungsleiter und Gruppenführer im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses...

Ein Fernheizwerk für Breslau.

Mit der Größeren Straßenbahn dürfte die Stadt auch das Gebäude des ehemaligen Elektrizitätswerkes am Luisenplatz, gegenüber dem Zirkus Busch, mit übernehmen, und den städtischen Stellen diese nun zu prüfen, was damit anzufangen wäre. Dabei gewahrt der Gedanke immer festere Form, dort ein Fernheizwerk einzurichten. Die Betriebswerke haben dem Magistrat inzwischen einen fertigen Vorschlag unterbreitet. Die Reichsbahnverwaltung soll sich schon bereit erklärt haben, den Hauptbahnhof und die beiden Direktionsgebäude an der Claassenstraße und auf den Schildern auf diese Art heizen zu lassen. Weiter käme das Werk für Hotels, Theater, Geschäfte und Wohnhäuser in der Gegend der Gartenstraße in Frage, und auch an das neue Polizeipräsidium wird gedacht. Voraussetzung für den Anschluss eines Hauses ist natürlich das Vorhandensein einer Zentralheizung. Fernheizwerke bedeuten eine erhebliche wirtschaftliche Ersparnis an Transportkosten für Brennmaterial, sie bedeuten durch den Fortfall von Kohlenhäusern in Kellern und Kutschkammern einen Gewinn an Sauberkeit und schließlich wird der Heizwert des Brennmaterials viel stärker ausgenutzt als in den gewöhnlichen Feuerstätten. Die Verfüllung der Stadtbewohner durch Rauch und Ruß vermindert sich. Es kann auch minderwertiges Brennmaterial verwendet und ausgenutzt werden. Das Brennmaterial soll nachts mit der Straßenbahn vom Bahnhof an der Ofener Straße bis zum Luisenplatz gebracht werden. Die Röhre des Heizwerks wird man am Mauerwerk der Eisenbahn in der Friedrichstraße in Gleisrichtung entlangführen, was sich billiger stellt, als ihre Verlegung unter das Pflaster. Bei guter Erfahrung mit diesem einen Wert sollen weitere Fernheizwerke in der Gasanstalt an der Trebnitzer Chaussee und im Bahnhof Ofener Straße eingerichtet werden. Ueber die Betriebsform wird zurzeit noch gestritten, und zwar ob rein städtischer Betrieb, oder städtischer Gesellschaftsbetrieb, oder auch, ob man den Betrieb einem Pächter übertragen soll. Für das letztere könnte sich unsere Rathausaktion wohl kaum entscheiden, aber im Sinne der heutigen Bürgermehrheit im Stadtparlament liegt es, solche Fernheizwerke nach außen zu vergeben, denn man braucht Fürsprecher für mancherlei Parteigänger. Die Stadt kommt aber dabei regelmäßig zu kurz. Im ganzen darf man nur hoffen, daß der Plan möglichst bald seine Verwirklichung findet.

Die Grippe

Seit einigen Tagen wieder einmal in unserer Stadt. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind bereits einige Tausend Krankheitsfälle gemeldet worden. In den meisten Fällen handelt es sich glücklichweise nur um leichtere Erkrankungen.

Ringslämpfe im Viktoriatheater.

Am Montag endete der Entscheidungskampf Karisch — Kunst mit der Disqualifizierung von Karisch, weil er wiederholt in grober Weise gegen das Reglement handelte. Der Sieg wurde Kunst zugesprochen. (Kampffrei 58 Min. 3 Sec.) Das Treffen Karisch — Pizze wurde nach zwei Sätzen als unentschieden abgebrochen. Der Entscheidungskampf wird Dienstag fortgesetzt resp. ausgetragen.

Neu eingetreten in die Konkurrenz ist Fritz Stofenwald, Faargebiet, genannt „Deutschlands neuer Siegfried“. Er zeigte ein nicht unbedeutendes technisches Können am Montag zum ersten Male, indem er Steinfle — Steint in ganz kurzer Zeit auf beide Schultern legte. Stofenwald ist Steint jedoch an Gewicht überlegen, von einer ebenbürtigen Gegnerschaft konnte hier keine Rede sein.

Arbeiter-Sport.

Berliner Radspport.

In Berlin wurde am 2. Januar in der Arena am Kaiserdom ein 4-Stunden-Radspportrennen ausgetragen. Sieger blieb das französische Paar Faude-Choury mit 14 Runden vor Stahl-Hoerensberg (85 Punkte) und Buchenhausen-Franckenstein (86 Punkte).

Arbeiter-Sportartikel zu Breslau, e. B. Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 Uhr, ist im Gewerkschaftshaus unsere Kartellversammlung in der Tagesordnung. 1. Geschäftsliche Mitteilungen. 2. Der Ausbau des Kartells und Schreistandards. 3. Verschiedenes. Wir geben allen Kartellmitgliedern, daß die Kartelldelegationen für 1927, die in der Kartellversammlung am 2. Februar ihre Ausweisung erhalten, laut Beschluß der letzten Kartellversammlung folgende Bedingungen erfüllen müssen: 1. Gewerkschaftlich organisiert (Ausnahme bilden nur berufliche Gewerkschaften). 2. Politisch organisiert und 3. Nichtausländer. Diese Ausweisung sind am 2. Februar beim Kartellbüro einzureichen. Andere Delegierte werden nicht anerkannt. Die Ausübung des Stimmrechts ist nur mit der Stimmliste möglich, welche die Gewerkschaften erhalten, die obigem Beschluß nachkommen können.

Freie Vorkunde, Breslau, Mittwoch, abends 8 Uhr im Heim Volksschule Lichtenstraße 29/31: Winterabend. — Sonntag: Fahrt nach dem Jungfersee. Treffpunkt: Endstation der Linie 4, Morgenau.

Leserbriefverein „Die Naturfreunde“ e. B. Donnerstag, den 5. Januar, Vereinsversammlung. In demselben Tage, also vorher um 7 Uhr, trifft sich punktuell der Besprechungsausschuß. Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Unsere Zukunftsaufgaben (u. a. Hüftenbau). 3. Festlegung der Beiträge für das Jahr 1927. 4. Anträge. 5. Neuwahl der Ortsvorsitzenden. 6. Verschiedenes. Anträge müssen bis zum 6. Januar in unseren Händen sein. Ohne Mitgliedskarte kein Eintritt. Ebenfalls ist Mitgliedsbuch von Partei und Gewerkschaft zwecks Ausstellung einer Statistik vorzulegen.

Verein für Lebensübungen, e. B., 1920. Die nächste Versammlung findet am Freitag, den 7. Januar, 8 Uhr, im Vereinslokal, statt. Da sehr wichtige Tagesordnungen (Berichte vom Freitag usw.), muß jedes Mitglied erscheinen. Die Jugendversammlung findet eine Stunde vorher statt. In den Jugendübungen werden Jugendliche jederzeit aufgenommen. Die Schülerbeziehung hat Donnerstag, den 6. Januar, 6 Uhr abends, im Vereinshaus im Vereinslokal, Gubl, Klein-Gandau, alles hat zu erscheinen.

Breslauer Sportklub „Bero“, e. B., 1916. Nachdem wegen Meinungsverschiedenheiten geschieden war, beginnt am 4. Januar, 6. wieder Dienstag und Freitag, von 8 bis 10 Uhr, in unserer Halle, Andersonstraße, der Sportbetrieb im Ringen, Boxen, Reben, Sonntag, den 9. Januar, vormittags 9 Uhr, im Vereinslokal, bei Bauch, Leutenstraße 28, Monatsversammlung.

Freie Sportabteilung 1925, Gaswerk Oberlos, Freitag, den 5. Januar, abends 8 Uhr, Vorkundeversammlung bei Kognat, Eberstraße. Am nächsten und abendlichen Erscheinungen wird erachtet. Unentschieden Fernbleiben wird mit Späterbest bestraft.

Freie Turnerabteilung, 8. Abteilung (Strehler Tor), unsere Hauptversammlung findet erst Freitag, den 14. Januar, bei Erner, Gublerstraße 17, statt. Karten vom Wiener-Walzer-Abend bis dahin spätestens abgeben. Alles muß erscheinen. Da außerordentlichen Besprechungen Einteilung der Funktionen vorgenommen sind.

Arbeiter-Klubverein-Deutschland, 1. Kreis, 1. Bezirk. Die außerordentliche Generalversammlung des 1. Bezirks Breslau sollte den bisherigen ersten Vorsitzenden einstimmig wieder. Der Bericht über das vergangene Jahr wird dem Arbeiter-Sportverein, die Mitgliedschaft mit 328 auf 443 an, außerdem wurden im Laufe des Jahres sechs Schülerleistungen neu gerundet mit circa 150 Schülern. Die Sportvereine 92 und 1897 haben sich zu einer Sportvereinigung zusammengeschlossen, was sehr zu begrüßen ist. Höfentlich folgen andere Vereine bald nach, damit die gegenseitige Verpflichtung aufhört. Die Adresse des neuen Bezirksvorstandes ist: 1. Vorsitzender: Kurt Koch, Gublerstraße 16. 2. Vorsitzender: Kurt Köberl, Trebnitzer Platz 1. Kassierer: Max Lattuffel, Käßelstraße 14. 1. Schriftführer: Gustav Gummann, Leutenstraße 48. 1. technischer Leiter: Albert Böcher, Gublerstraße 6. Pressewart: Franz Wenzel, Käßelstraße 8.

1. Arbeiter-Englerverein Breslau, e. B., Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr, Generalversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Es wird nach auf die Einladungen der Arbeiterbank für die Angehörigen hingewiesen. Die Karten müssen zeitlich besetzt sein bis zur Ausschreibung. Bei der Ausschreibung wird kein Geld angenommen, auch Kartebeträge müssen bei der Arbeiter-Bank hinterlegt werden.

Folgeschweres Verbrechen.

Das Ehepaar Herrmann und Joa. stand am Montag vor dem kleinen Schöffengericht, um sich wegen schwerer Verletzung zu verantworten. Anlässlich einer Bezeichnung hatten sie sich mit Bezug auf einen Polizeioberleutnant dahin geäußert, daß man ihn schmeißen müsse, dann käme man gut mit ihm aus. Die recht schwere Verletzung für den Polizeioberleutnant ahndete das Gericht mit vier Wochen Gefängnis für jeden der Angeklagten, indem es in diesem Falle eine Geldstrafe nicht für ausreichend hielt.

Die Unterhaltungen in den Altershospitälern.

Hospitalsinspektor Oskar Förster hat gegen seine Verteilung zu zwei Jahren Gefängnis Berufung eingelegt. Ebenfalls hat auch seine Ehefrau, die zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, Berufung eingelegt. So wird der umfangreiche Prozeß, der in erster Instanz sieben volle Tage ausfüllte, nochmals vor der Großen Strafkammer aufgerollt werden.

* Der Verein schlesischer Ornithologen hält in Breslau seine Hauptversammlung ab. Folgende Vorträge sind vorgesehen: Sonnabend, den 6. Januar, abends 7 Uhr, im Hörsaal des Zoologischen Instituts, Sternstraße, Dr. Herzog: „Der Bestand des schwarzen und weißen Storches in der Niederlausitz“. Sonntag, den 9. Januar, vormittags 9.45 Uhr, im Auditorium maximum der Universität, 1. Merkel: „Bogelbeobachtungen auf Helgoland, Herbst 1926“; 2. Bengel-Berg: „Mit Zugvögeln nach Afrika“.

* Das große Kostümfest, das von dem Chor- und Ballett-Personal des Stadt-Theaters veranstaltet wird, findet dieses Jahr unter dem verheißungsvollen Titel „An der schönen blauen Donau“ schon Sonnabend, den 8. d. Mits., in allen Räumen und Sälen des Luna-Parkes statt. Der große Luna-Doppel-Saal ist für dieses Wiener Kostümfest vom Theatermater Benefiz eigens hergerichtet worden. Ebenso erfahren alle anderen Räumlichkeiten des Luna-Parkes eine Umwandlung im Sinne des Festes. Für die Darbietungen und künstlerischen Überraschungen zu diesem Kostümfest sind die ersten Kräfte der Breslauer Oper gewonnen worden. Eintrittskarten zum Preis von 3.50 Mark werden bei Parash, beim Kassen des Stadt-Theaters und im Luna-Park im Vorverkauf ausgegeben.

* Ueber Aufklärung der Steuerarten-Markenhöhen und Wohnsteuerüberweisungsfaktoren für 1926 befindet sich im Augenblicke eine Bekanntmachung der Finanzämter, auf die wir hiermit besonders hinweisen.

* Die Gewinne aus der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie werden nur in unserer Buchhandlung, Graupenstraße 5, ausgeteilt.

* Unfall im Zirkus Busch. Am Sonntag abend erlitt im Zirkus Busch der waghalsige Autofahrer Franco bei seinem Todesfallmortal eine Hüftgelenkverletzung und Gehirnverletzung. Er ist aber gestern bereits wieder auf seinen Wunsch aus dem Wenzel-Hand-Krankenhaus entlassen worden und will heute seine gefährliche Autofahrt durch die Luft wieder aufnehmen.

* Die altwägenhaften Kasperle-Spiele im Städtischen Jungmännerheim, An der Mathiasstraße 2, nehmen nach kurzer Unterbrechung wieder ihren Fortgang. Am Donnerstag, den 8. Januar, nachmittags 5 Uhr, wird „Die Erhöhungsmaschine“ aufgeführt werden.

* Zum Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises ist der kürzlich gewählte neue Stadtrat, Genosse Dr. Leikner, bestellt worden.

Aus Schlesien.

Die Eröffnungsfeier der ober-schlesischen Landwirtschaftskammer.

Am Montag fand die erste Sitzung der neuen ober-schlesischen Landwirtschaftskammer in Oppeln statt, die durch Oberpräsident Dr. Proskel als Staatsminister eröffnet wurde. An ihr nahm der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger teil.

Der ober-schlesische Bauernverein, der von 30 Sektionen aus 15 Kreisen, während der Landbund, der 7 Sektionen erhält, mit kleineren Gruppen den Rest stellt, dürfte verständlicherweise keine Majorität bilden. Die Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Betriebsbeamten, sowie die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, welche die gemeinsame Kammer für Nieder- und Oberschlesien so mächtigen Landbund zu machen. Er setzte die Wahl aller seiner Kandidaten durch. Auch die Präzise des ersten und des stellvertretenden Vorsitzenden nahm der Bauernverein für sich in Beschlag; erster Vorsitzender wurde der Kleinlandwirt Franzke, stellvertretender Vorsitzender Landeshauptmann Piontek. Von den sieben Vorstandsmitgliedern nahm der ober-schlesische Bauernverein fünf in Anspruch, einen der ober-schlesischen Bauernbund und ebenfalls nur einen der Landbund.

In den Beratungen wurde zunächst die Auseinandersetzung mit der nieder-schlesischen Kammer behandelt. Eine Anzahl von Einrichtungen wird auch weiterhin gemeinsam bleiben.

In einer Rede betonte Landwirtschaftsminister Dr. Steiger die Notlage in der Landwirtschaft, von der besonders der Großgrundbesitzer betroffen sei (?), der in Oberschlesien überwiegt und hier hauptsächlich Fortwirtschaft treibt. Die Fortwirtschaft werfe jetzt so geringe Erträge ab, daß der Grundbesitzer genötigt sei, Substanz abzuhaken, für die allein der Staat aufnahmefähig ist. Die vom Staat aufgekaufte Fläche müsse hauptsächlich der Siedlung dienen. Die Landwirtschaftskammer habe die Aufgabe, die Siedler in jeder Hinsicht zu unterstützen. Zur Kredithilfe für die Siedlungsarbeit solle noch im Verlauf dieses Jahres eine Rentenbank für ganz Preußen gegründet werden. Ein Antrag auf Eröffnung eines Landwirtschaftskulturamts wird angenommen.

Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie.

Wir weisen darauf hin, daß die Gewinnlisten eingegangen sind und im Parteisekretariat Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer Nr. 36, zu haben sind. Außerdem machen wir noch auf folgenden Sach in der Gewinnliste aufmerksam, es heißt da: Da der Hauptgewinn auf die Nr. 382 292 fiel, haben alle Lose mit den Endnummern 92, 17, 42 und 67 und zwar in sämtlichen Serien, den Anpruch auf einen Gewinn im Werte von 3 Mark Ueber die Ausgabe der Dreimarkgewinne siehe die näheren Bestimmungen in der Gewinnliste.

Staatshilfe für die Bunzlauer Töpferei in Aussicht.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe teilt in Beantwortung einer kleinen Anfrage mit: Das Staatsministerium hat sich wegen der Notlage der Töpfereifabrik in Bunzlau mit dem zuständigen Herrn Regierungspräsidenten in Verbindung gesetzt. Die Erörterungen über etwa zu ergreifende Maßnahmen schweben noch. Das Staatsministerium behält sich vor, weitere Mitteilungen folgen zu lassen.

Das Organisationstalent der Breslauer Reichsbahndirektion

zeigte sich in der letzten Zeit in nicht allzu günstigem Lichte. Den Breslauer Winterportverkehr nach den schlesischen Gebirgen, an dem sie selbst ein rein geschäftliches Interesse hat, hat sie durch unvorhergesehenes Ausfallen von Winterportzügen und durch widersprechende Ankündigungen nicht gerade unterstützt. So ließ sie den Sportzug am 2. Weihnachtstag, auf den schon Hunderte warteten, im letzten Moment noch ausfallen. Am Sonnabend und Sonntag kamen zwei Sportzüge von Breslau, für die Rückreise war aber nur ein Zug am Sonntag abend vorgesehen. Am Sonnabend abend fuhr dann trotz dieser Ankündi-

gung auch ein Zug nach Breslau, der verständlicher Weise von Strichberg aus nur eine lächerliche Fiktion aufwies. Ist es nicht möglich, einen regelmäßigen Fahrplan für Winterportzüge aufzustellen?

Für Groß-Waldenburg.

Die Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevertreter des Kreises Waldenburg hielt am Sonntag nachmittag im Kreisfestungssaal eine Konferenz ab, um sich mit der Frage Groß-Waldenburg zu beschäftigen. Daran nahmen fast alle unsere Vertreter in den interessierten Gemeinden teil, außerdem die Gemeindevorsteher, Abgeordneten usw.

Nach mehreren Vorträgen wurde am Ende einstimmig beschlossen, für ein Groß-Waldenburg einzutreten, oder mit der Aufgabe, daß der früheste Termin für dessen Beginn der 1. April 1928 ist und daß die Regierung keinerlei Zwang ausübt. Um die Wünsche aller anzufruchtenden Gemeinden über das zukünftige Groß-Waldenburg festzulegen, wurde ein Ausschuß aller beteiligten Gemeinden gegründet, der nächsten mit der Regierung, in Verbindung treten soll.

Korfanty will seine ober-schlesische Zeitung verkaufen.

Wie die „Posta Abroja“ meldet, führt Korfanty Verhandlungen über den Verkauf seiner Zeitung „Polonia“ in Kattowitz, und zwar mit den Mitgliedern der Christlich-demokratischen Partei, der er selbst angehört. (In Warschau hat er bekanntlich eine zweite Zeitung, die „Kielcepolonia“.)

Kelordbefuch im Kiellengebirge.

Nach Schätzungen der Eisenbahn haben in der Weihnachts- und Neujahrzeit über 20 000 Menschen das Kiellengebirge zur Ausübung des Wintersports aufgesucht. Den Hauptanteil hieran stellte Berlin. Es mußten von und nach Berlin 12 Vorzüge zu regelmäßigen Zügen und 3 Winterportzüge zu ermäßigten Preisen eingeleitet werden. Der Breslauer Verkehr war dagegen sehr mäßig. Alle Züge waren übermäßig besetzt. Am Sonntag mußte ein beschleunigter Personenzug nach Berlin dreimal gestoppt werden, auch der D-Zug am Montag vormittag erhielt einen Vorzug.

Die Geschäfte der Baubetriebe und Fremdenheimbesitzer waren demzufolge diesmal sehr gut. Selbst die Massenlager in Gebirgsbänden waren ausverkauft.

Die Sportverhältnisse haben sich nach dem vorübergehenden Tauwetter gebessert. Infolge Neuschnee liegt auf dem Ramm bis zu drei Meter Schnee.

Strehlen. Großfeuer in der Silbesternacht. Ein großes Schadenfeuer wütete Silvester in Grosburg auf dem Dominium. Durch Unvorsichtigkeit brach auf dem Rehboden Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete. Der herrschende Sturm schleuderte ein gewaltiges Flugfeuer über das ganze Dorf, so daß die zu Hilfe eilenden Feuerwehren größte Mühe hatten, einen Rehbrennbrand zu verhindern. Namentlich gefährdet waren die Stallungen und der große Schüttenboden des Dominiums, doch gelang es namentlich dem Eingreifen der Motorspritze aus Strehlen, den Brand zu begrenzen. Die Löscharbeiten waren ungeheuer erschwert durch den Umstand, daß in dem brennenden Komplex auch die dort lagernden Bestände an Gaspatronen zur Mäusevergiftung in Brand gerieten, wodurch sich ein unbeschreiblicher Qualm entwickelte, der das Vordringen mit den Schlauchzügen in die brennenden Bodenträume unmöglich machte. Der durch das Feuer entstandene Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt.

Kieisdorf, Kreis Glatz. Ein Raub der Flammen wurde das Holzhaus und das daneben liegende Stallgebäude des Auszigers August Lutz. Auf bisher unauffällige Weise war auf dem Heuboden das Feuer ausgebrochen, das rasch um sich griff und in kurzer Zeit die Bestände vernichtete. Die Feuerwehren der umliegenden Dörfer waren schnell zur Stelle, konnten jedoch wenig helfen, da das Wasser fehlte.

Heinrichswalde, Kr. Frankenstein. Ein Sägewerk niedergebrannt. Eine Feuersbrunst wütete am 30. Dezember in Heinrichswalde und betraf das dortige Richtersägewerk. Als die Arbeit in vollem Gange war, schlug plötzlich aus dem Dampfessel eine große Stichflamme und setzte die in der Umgebung liegenden Licht brennbaren Holzmassen in Flammen. Die Sägewerksarbeiter versuchten sofort, das Feuer mit Minimapparat zu bekämpfen, doch hatte es bereits beträchtliche Ausdehnung genommen, daß eine Begrenzung nicht mehr möglich war. Die Flammen verbreiteten sich mit riesenhafter Schnelligkeit, da sie der herrschende Sturm zu mächtiger Höhe entfaltete und überallhin wirbelte, so daß in kürzester Zeit außer dem Kesselhaufe und dem Maschinenhaufe auch die großen Holzlager in Flammen standen. Um weitefer Umgebung eilten die Feuerwehren zu Hilfe und sie versuchten, den Brand zu begrenzen, der in gemäßigter Ausdehnung mehrere Stunden lang anhält. Die Löschmannschaften hatten bei dem herrschenden Schneesturm einen schweren Stand, hielten aber wacker aus, und ihren vereinten Bemühungen gelang es schließlich, das sehr bedrohte Wohngebäude zu erhalten und eine weitere Ausbreitung des Flammenmeeres zu verhindern. Das gesamte Werk aber wurde vernichtet, in ihm die wertvollsten Maschinen. Der Schaden ist sehr groß, aber zum größten Teil durch Versicherung gedeckt.

Freystadt. Das Gewehr in Kinderhand. In Nebenzeit hatte ein Gutsbesitzer sein geladenes Jagdgewehr ungesichert stehen lassen. Das Kind des Nachbarn legte auf den etwa sechs-jährigen Besizersohn an und drückte ab. Dem Knaben wurde das Gesicht zerrissen. In den erlittenen schweren Verletzungen ist er bald darauf gestorben.

Bauschwitz, Kr. Falkenberg N.-O. Vom anfahren den Zuge getötet. Der 78 Jahre alte Bauernauszöger Zug von hier ging nachmittags zur hiesigen Bahnstation, um in den Postzug einen Einlabungsbrief zum Schneeeinhalten an seine verheiratete Tochter in Reife zu fassen. Da der Zug an der Haltestelle Bauschwitz nur ganz kurze Zeit hält und man nie genau weiß, wo der Postwagen gerade zum Stehen kommt, kam der Rentner gerade noch im letzten Augenblicke zum Postwagen. Als der Zug anfuhr, kam er zu Fall, geriet zwischen das Trittbrett und die höher gelegenen Bahnsteige. Durch den lauten Aufschrei des Unglücklichen wurden die Beamten aufmerksam. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Jung war aber leider schon unter die Räder geraten. Als man ihn hervorholte, waren ihm beide Beine abgefahren, auch am Kopfe hatte er schwere Verletzungen davongetragen. Er war auf der Stelle tot.

Steinau O.S. 700-Jahrfeier der Stadt. Die städtischen Körperschaften der Stadt Steinau O.S. beschloßen, das 700-jährige Bestehen der Stadt im Jahre 1927 in feierlicher Weise zu begehen. Als Tag der Feierlichkeiten wurde die Zeit um den letzten Sonntag im Juni in Aussicht genommen. Es sind eine Anzahl von Komitees gebildet worden, denen die Vorbereitung des Stadtjubiläums anvertraut wurde. Deren Vorsitz führt Stadtvorordner Lehrer Zimmermann.

Kattowitz. Ein rätselhafter Mord wurde nachts auf der Chaussee Sosnowitz-Rodowice verübt. Im Chausseegraben lag ein Auto, dessen Innenseite blutbefleckt waren. Einige Meter davon entfernt lag die Leiche des Autoführers, dessen Gesicht durch Schüsse mit Glasscherben unkenntlich gemacht wurde. Die Leiche war gleichfalls durchschnitten und von einer Revolverkugel durchschossen. Am Tatort wurden mehrere Patronenhüllen vorgefunden. Allem Ansehen nach muß der ermordete Kraftwagenführer, der im Wagen Platz genommen hatte und von einem der Passanten am Führersitz abgelöst worden ist, nach verübter Tat von den Tätern aus dem Auto geschleppt worden sein. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurde der Ermordete tags zuvor in Rodowice gesehen, als er wiederholt vom Ringe zur Mordgewer. Bräu und von da zum Ringe zurückfuhr. Der Sonderakte Verhafter des Kraftwagenführers fiel allgemein auf. Der Tote wurde als der 27 Jahre alte Franz Josef Stern aus Kattowitz identifiziert.

Schlichtliche Kol. Das wird dessen ungeachtet dieser Arbeit weiter...

Ueber Erwerbsarbeit, Schwangerschaft und Frauenleid spricht

Dienstag, den 4. Januar: Wichtige Funktionärung im Distriktsrat...

Beamtinnenorganisation. Noch lange nicht ist das Beamtentum mit dem Gedanken...

Freitag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses...

Dienstag, den 11. Januar: Das Lied im Dienste der Arbeiterbewegung...

Arbeit der Distrikte. Wie in den Gesamtorganisationen, so war auch die Arbeit...

Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieter bei Breslau.

Jungsozialisten. Jeden Mittwoch jungsozialistische Arbeitsgemeinschaft...

Flugblatt-Verbreitung. Mit zur wertvollsten Arbeit im Parteileben gehört die...

Das Wetter im Gebirge. Schneeflocke: 78 Zentimeter; Schließertaus: Schneehöhe 261-280...

Gesamtveranstaltungen. Sonntag, den 8. Januar: Arbeitskreis für Funktionäre...

Unsere Toten. Unerbittlich rief der Allbezwinger Tod auch in diesem Jahre...

Rechte Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur, Wetter, Wind, Niederschlag, Höhe. Includes data for various locations like Krieter, Krieterberg, etc.

Freiengewerkschaftliches Jugendkaffee. Heimkommission. Donnerstag um 7 Uhr: Sitzung...

Schlichtliche Ueberfälle in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Gegen 2 Uhr nachts wurden in dem Teil Kaiser-Wilhelm-Straße...

Bereinstellender.

Steinmetzen (Sektion der Steinmetzen). Mittwoch, den 5. Januar...

Sozialistische Arbeiterjugend. Engerer Vorstand. Heute abend 8 Uhr: Sitzung...

Schließung von Kinderhorten. Das Städtliche Jugendamt schreibt uns: Infolge der schwierigen Verhältnisse...

Konzerte - Theater - Vergnügungen. Unsere einheimische Konzertsängerin Ferta Gluckmann...

Einige Versammlungen der Schlichter. Land am 29. Dezember im Restaurant der Neuen Börse...

Aufgaben und Aufbau der Internationale. Arbeitsgemeinschaft Birnbaum. 1. Vortrag: Sonnabend, den 8. Januar...

Wichtig für Republikaner! In Nr. 12 des Nachrichtenblattes des Breslauer Arbeitervereins...

Dieser des Glückwunsches. In der Silvesternacht wurde der Leuchtbau 27 wohnende Arbeiter...

Der Arzt begleitete früh gegen 5 Uhr eine Dame bis zu ihrem Hause...

Reinfalliber-Schützenverein 'Republik'. Mittwoch, den 5. Januar, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung...

Ein Fernheizwerk für Breslau.

Mit der Größeren Strassenbahn mußte die Stadt auch das Gebäude des ehemaligen Elektrizitätswerkes am Luisenplatz, gegenüber dem Zirkus Busch, mit übernehmen, und den städtischen Stellen blieb nun zu prüfen, was damit anzufangen wäre. Dabei gewann der Gedanke immer festere Form, dort ein Fernheizwerk einzurichten. Die Betriebswerke haben dem Magistrat inzwischen einen fertigen Vorschlag unterbreitet. Die Reichsbahnverwaltung soll sich schon bereit erklärt haben, den Hauptbahnhof und die beiden Direktionsgebäude an der Classenstraße und auf den Reichshäusern auf diese Art heizen zu lassen. Weiter läßt das Werk für Hotels, Theater, Geschäfte und Wohnhäuser in der Gegend der Gartenstraße in Frage, und auch an das neue Polizeipräsidium wird gedacht. Voraussetzung für den Anschluß eines Hauses ist natürlich das Vorhandensein einer Zentralheizung. Fernheizwerke bedeuten eine erhebliche wirtschaftliche Ersparnis an Transportkosten für Brennmaterial, sie bedeuten durch den Fortfall von Kesselhäusern in Kellern und Aufenthaltsräumen einen Gewinn an Sauberkeit und schließlich wird der Heizwert des Brennmaterials viel stärker ausgenutzt als in den gewöhnlichen Feuerstätten. Die Verfeinerung der Stadtbewohner durch Rauch und Ruß vermindert sich. Es kann auch minderwertiges Brennmaterial verwandt und ausgenutzt werden. Das Brennmaterial soll nachts mit der Strassenbahn vom Bahnhof an der Ofener Straße bis zum Luisenplatz gebracht werden. Die Röhre des Heizwerks soll man am Mauerwerk der Eisenbahn in der Friedrichstraße in Gleichhöhe entlangführen, was sich billiger stellt, als ihre Verlegung unter des Pflaster. Bei guter Erfahrung mit diesem einen Werk sollen weitere Fernheizwerke in der Gasanstalt an der Trebnitzer Chaussee und im Bahnhof Ofener Straße eingerichtet werden. Ueber die Betriebsform wird zurzeit noch getritten, und zwar ob rein städtischer Betrieb, oder städtischer Gesellschaftsbetrieb, oder auch ob man den Betrieb einem Pächter übertragen soll. Für das letztere könnte sich unsere Rathausfaktion wohl kaum entscheiden, aber im Sinne der heutigen Bürgermehrheit im Stadtparlament liegt es, solche Schmarwenzel nach außen zu vergeben, denn man braucht Pfänder für mancherlei Parteigänger. Die Stadt kommt aber dabei regelmäßig zu kurz. Im ganzen darf man nur hoffen, daß der Plan möglichst bald seine Verwirklichung findet.

Die Grippe

hersticht seit einigen Tagen wieder einmal in unserer Stadt. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind bereits einige Tausend Krankheitsfälle gemeldet worden. In den meisten Fällen handelt es sich glücklicherweise nur um leichte Erkrankungen.

Ringkämpfe im Viktoriatheater.

Am Montag erbeutete der Entscheidungskampf Karisch - Kunst mit der Disqualifizierung von Karisch, weil er wiederholt in grober Weise gegen das Reglement handelte. Der Sieg wurde Kunst zugesprochen. (Kampfszeit 56 Min. 3 Sec.) Das Treffen Kawa - Ni - e - k - l - i wurde nach zwei Gängen als unentschieden abgegeben. Der Entscheidungskampf wird Dienstag fortgesetzt resp. ausgetragen.

Neu eingereist in die Konkurrenz ist Fritz Stolzenowald - Saatzgebirg, genannt „Deutschlands neuer Siegfried“. Er zeigte sein nicht unbedeutendes technisches Können am Montag zum ersten Male, indem er Steinfeld - Stettin in ganz kurzer Zeit auf beide Schultern legte. Stolzenwald ist Steinke jedoch an Gewicht unterlegen, von einer ebenbürtigen Gegnerschaft konnte hier keine Rede sein.

Arbeiter-Sport.

Berliner Radspori.

In Berlin wurde am 2. Januar in der Arena am Kaiserdamm ein 4-Stunden-Mannschaftsrennen ausgetragen. Sieger blieb das französische Paar Faude-Courry mit 144 Punkten vor Kroll-Moerenberg (85 Punkte) und Sulchenhagen-Frankenheim (46 Punkte).

Arbeiter-Sportkartell zu Breslau, e. V.

Mittwoch, den 5. Januar, abends 8 Uhr, ist im Gewerkschaftshaus unsere Kartellversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Der Ausbau des Kartells und Jahreskalender. 3. Bericht über die Verhandlungen zur Kenntnis, daß die Kartellbeschlüsse für 1927, die in der Kartelljahresversammlung am 2. Februar ihre Ausweisung erhalten, laut Beschluß der letzten Kartellversammlung folgende Bedingungen erfüllen müssen: 1. Gewerkschaftlich organisiert (Ausnahme bilden nur berufliche Gewerkschaften). 2. Politisch organisiert und 3. Frauenausstritt. Diese Ausweise sind am 2. Februar bestimmt mitzubringen. Andere Delegationen werden nicht anerkannt. Die Ausübung des Stimmrechts ist nur mit der Stimmkarte möglich, welche die Gewerkschaften erhalten, die obigen Beschluß nachkommen können.

Freie Nichtkennende, Breslau, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Heim Volkshaus, Taschenstraße 29/31, unter Wend. — Sonntag: Fahrt nach dem Jungfersee. Treffpunkt: Endstation der Linie 4, Morgenau.

Lehrer-Verein „Die Naturfreunde“ e. V. Donnerstag, den 6. Januar, Vereinsversammlung. An demselben Tage, also vorher um 7 Uhr, trifft sich punktuell der Vereinigungsausschuss. Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Unsere Zukunftsarbeiten (u. a. Huttenbau). 3. Festschließung der Beiträge für das Jahr 1927. 4. Anträge. 5. Neuwahl der Ortsgruppenleitung. 6. Bericht über den 6. Januar in unseren Händen sein. Ohne Mitgliedskarte kein Eintritt. Ebenfalls ist Mitgliedsbuch von Partei und Gewerkschaft sowie Aufstellung einer Statistik vorzubringen.

Verein für Leibesübungen, e. V. 1920. Die nächste Vereinsversammlung findet am Freitag, den 7. Januar, 8 Uhr, im Vereinslokal statt. Da sehr wichtige Tagesordnung (Berichte vom Bezirksrat usw.), muß jedes Mitglied erscheinen. Die Jugend-Versammlung findet eine Stunde vorher statt. In den Jugend-Versammlungen werden die Jugendlichen jederzeit aufgenommen. Die Schülerabteilung hat Donnerstag, den 6. Januar, 6 Uhr abends, Zusammenkunft im Vereinslokal, Gubl, Klein-Gandau. Alles hat zu erscheinen. Der Vorstand

Breslauer Sportklub „Der“ e. V. 1910. Nachdem wegen Meinigung die Turnhalle geschlossen war, beginnt vom 4. Januar ab, wieder Dienstag und Freitag, von 8 bis 10 Uhr, in unserer Halle, Andersenstraße, der Sportbetrieb im Ringen, Ringen, Judo, etc. Sonntag, den 9. Januar, vormittags 9 Uhr, im Vereinslokal, bei Bach, Leubenstraße 28, Monatsversammlung.

Freie Sportabteilung 1925, Gewerkschaft Oberlos, Freitag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, Vollversammlung bei Kanak, Endersstraße. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Unentgeltliches Fernbleiben wird mit Sperrverbot bestraft. Freie Turnerabteilung, 8. Abteilung (Streitbarer Tor). Unsere Hauptversammlung findet erst Freitag, den 14. Januar, bei Ermer, Schanstraße 17, statt. Karten vom Wiener-Walzer-Abend bis dahin höchstens abgeben. Alles muß erscheinen, da außer wichtigen Besprechungen Einteilung der Funktionäre vorgenommen wird.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland, 1. Kreis, 1. Bezirk. Die außerordentliche Generalversammlung des 1. Bezirks Breslau wählt den bisherigen ersten Vorsitzenden einstimmig wieder. Der Bericht über die Tätigkeit der Arbeiter-Sportvereine. Die Mitgliederzahl liegt bei 325 auf 443 an, außerdem wurden im Laufe des Jahres sechs Schülerabteilungen neu gegründet mit circa 150 Schülern. Die Sportvereine 02 und 1897 haben sich zu einer Sportvereinigung zusammengeschlossen, was sehr zu begrüßen ist. Hoffentlich folgen andere Vereine bald nach, damit die gegenwärtige Zerplitterung aufhört. Die Adresse des nächsten Bezirksvorstands ist: 1. Vorsitzender: Kurt Rod, Subenstraße 16. 2. Vorsitzender: Kurt Schirbel, Trebniger Platz 1. Kassierer: Max Kattuske, Käßstraße 14. 1. Schriftführer: Gustav Kammann, Leubenstraße 48. 1. technischer Leiter: Albert Fischer, Schleierstraße 6. Pressewart: Franz Wiens, Kaserstraße 2. 1. Arbeiter-Athleten-Bund Breslau, e. V. Sonntag, den 7. Januar, vormittags 9 Uhr, Generalversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Es wird noch auf die Einzahlungen bei der Arbeiterbank für die Angestellten hingewiesen. Die Karten müssen rektos bezahlt sein bis zur Auskündigung. Bei der Auskündigung wird kein Geld ausgenommen, auch Restbeträge müssen bei der Arbeiter-Bank hinterlegt werden.

Kolgenschweres Verbrechen.

Das Ehepaar Herrmann und Ida W. stand am Montag vor dem kleinen Schwurgericht, um sich wegen schwerer Verleumdung zu verantworten. Ankläger einer Vernehmung hatten sie sich mit Bezug auf einen Polizeioberleutnant dahin geäußert, daß man ihn schmeißen müsse, dann käme man gut mit ihm aus. Die recht schwere Verleumdung für den Polizeioberleutnant ahndete das Gericht mit vier Wochen Gefängnis für jeden der Angeklagten, indem es in diesem Falle eine Geldstrafe nicht für ausreichend hielt.

Die Unterstellungen in den Altershospitälern.

Hospitalkommissar Oskar Förster hat gegen seine Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis Berufung eingelegt. Ebenfalls hat auch seine Ehefrau, die zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, Berufung eingelegt. So wird der umfangreiche Prozeß, der in erster Instanz sieben volle Tage ausfüllte, nochmals vor der Großen Strafkammer aufgerollt werden.

Der Verein schlesischer Ornithologen hält in Breslau seine Hauptversammlung ab. Folgende Vorträge sind vorgesehen: Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 Uhr, im Hörsaal des Zoologischen Instituts, Sternstraße, Dr. Herx - Görlich: „Der Bestand des schwarzen und weißen Storchs in der Niederlausitz“. Sonntag, den 9. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Auditorium maximum der Universität, 1. Werkel - Breslau: „Vogelbeobachtungen auf Helgoland, Herbst 1926“; 2. Bengi - Berg - Hillm: „Mit Jungvögeln nach Afrika“.

Das große Kostümfest, das von dem Chor- und Ballett- Personal des Stadt-Theaters veranstaltet wird, findet dieses Jahr unter dem vereinerungswollen Titel „An der schönen blauen Donau“ schon Sonnabend, den 8. v. Mis., in allen Räumen und Sälen des Luna-Parkes statt. Der große Luna-Doppel-Saal ist für dieses Wiener Kostümfest vom Theatermaler Reich eigens hergerichtet worden. Ebenso erfahren alle anderen Räumlichkeiten des Luna-Parkes eine Umwandlung im Sinne des Festes. Für die Darbietungen und künstlerischen Ueberraschungen zu diesem Kostümfest sind die ersten Kräfte der Breslauer Oper gewonnen worden. Eintrittskarten zum Preis von 3,50 Mark werden bei Parafisch, beim Kassellan des Stadt-Theaters und im Luna-Park im Vorverkauf ausgegeben.

Ueber Aufrechterhaltung der Steuerkarten-Markensbogen und Lohnsteuerüberweisungsblätter für 1926 befindet sich im Augenblicke eine Bekanntmachung der Finanzämter, auf die wir hiermit besonders hinweisen.

Die Gewinne aus der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie werden nur in unserer Buchhandlung, Graupenstraße 5, ausgeteilt.

Unfall im Zirkus Busch. Am Sonntag abend erlitt im Zirkus Busch der waghallige Autofahrer Francesco bei seinem Todesaktomortale eine Rückenverletzung und Gehirnerschütterung. Er ist aber gestern bereits wieder auf seinen Wunsch aus dem Wenzel-hands-Krankenhaus entlassen worden und will jetzt seine gefährliche Autofahrt durch die Gasse wieder aufnehmen.

Die allwöchentlichen Kasperle-Spiele im Städtischen Jungmännerheim, An der Matthiassunft 2, nehmen nach kurzer Unterbrechung wieder ihren Fortgang. Am Donnerstag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, wird „Die Erhöhungsmaschine“ aufgeführt werden.

Zum Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises ist der kürzlich gewählte neue Stadtrat, Genosse Dr. Leigner, bestellt worden.

Aus Schlesien.

Die Eröffnungsfeier der ober-schlesischen Landwirtschaftskammer.

Am Montag fand die erste Sitzung der neuen ober-schlesischen Landwirtschaftskammer in Oppeln statt, die durch Oberpräsident Dr. Proske als Staatskommissar eröffnet wurde. An ihr nahm der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger teil.

Der ober-schlesische Bauernverein, der von 30 Sektionen über 15 verfügt, während der Landbund, der 7 Sektionen umfasst, mit kleineren Gruppen den Rest teilt, nützte verständiglicherweise seine Machtposition voll aus, ohne bei der zunehmenden Anzahl einer Landfrau, eines Vertreters der landwirtschaftlichen Betriebsbeamten, sowie eines Vertreters der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände Zugeständnisse an den einst durch die gemeinsame Kammer für Nieder- und Oberschlesien so mächtigen Landbund zu machen. Er setzte die Wahl aller seiner Kandidaten durch. Auch die Plätze des ersten und des stellvertretenden Vorsitzenden nahm der Bauernverein für sich in Beschlag; erster Vorsitzender wurde der Kleinlandwirt Franzke, stellvertretender Vorsitzender Landeshauptmann Biontel. Von den sieben Vorstandsmitgliedern nahm der ober-schlesische Bauernverein fünf in Anspruch, einen der ober-schlesischen Bauernbund und ebenfalls nur einen der Landbund.

In den Beratungen wurde zunächst die Auseinandersetzung mit der niederschlesischen Kammer behandelt. Eine Anzahl von Einrichtungen wird auch weiterhin gemeinsam bleiben.

In einer Rede betonte Landwirtschaftsminister Dr. Steiger die Notlage in der Landwirtschaft, von der besonders der Großgrundbesitzer betroffen sei (?), der in Oberschlesien überwiegt und hier hauptsächlich Forstwirtschaft treibt. Die Forstwirtschaft werfe jetzt so geringe Erträge ab, daß der Grundbesitzer genötigt sei, Substanz abzugeben, für die allein der Staat aufnahmefähig ist. Die vom Staat aufgekaufte Fläche müsse hauptsächlich der Siedlung dienen. Die Landwirtschaftskammer habe die Aufgabe, die Siedler in jeder Hinsicht zu unterstützen. Zur Kreditbeschaffung für die Siedlungsarbeit solle nach im Verlauf dieses Jahres eine Rentenbank für ganz Preußen gegründet werden. Ein Antrag auf Erziehung eines Landeskulturamts wird angenommen.

Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie.

Wir weisen darauf hin, daß die Gewinnlisten eingegangen und im Parteisekretariat Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer Nr. 36, zu haben sind. Außerdem machen wir noch auf folgenden Satz in der Gewinnliste aufmerksam, es heißt da: Da der Hauptgewinn auf die Nr. 382 292 fiel, haben alle Lose mit den Endnummern 92, 17, 42 und 67 und zwar in sämtlichen Serien, den Anspruch auf einen Gewinn im Werte von 3 Mark. Ueber die Ausgabe der Dreimarkgewinne siehe die näheren Bestimmungen in der Gewinnliste.

Staatshilfe für die Bunzlauer Töpferei in Aussicht.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe teilt in Beantwortung einer Kleinen Anfrage mit: Das Staatsministerium hat sich wegen der Notlage der Töpfereiindustrie in Bunzlau mit dem zuständigen Herrn Regierungspräsidenten in Verbindung gesetzt. Die Erörterungen über etwa zu ergreifende Maßnahmen schweben noch. Das Staatsministerium behält sich vor, weitere Mitteilungen folgen zu lassen.

Das Organisations-talent der Breslauer Reichsbahn-Direktion.

zeigt sich in der letzten Zeit in nicht allzu günstigen Licht. Den Breslauer Winterportverkehr nach den schlesischen Gebirgen, an dem sie selbst ein rein geschäftliches Interesse hat, hat sie durch unvorhergesehenes Ausfallenlassen von Winterportzügen und durch widersprechende Ankündigungen nicht gerade unterstützt. So ließ sie den Sportzug am 2. Weihnachtstertag, auf den schon Hunderte warteten, im letzten Moment noch ausfallen. Am Sonnabend und Sonntag kamen zwei Sportzüge von Breslau, für die Rückreise war aber nur ein Zug am Sonntag abend vorgesehen. Am Sonnabend abend fuhr dann trotz dieser Ankündi-

gung auch ein Zug nach Breslau, der verständlicher Weise von Strickberg aus nur eine Prozentige Reisezeit aufwies. Ist es nicht möglich, einen regelmäßigen Fahrplan für Winterportzüge anzufertigen?

Hr. Groß-Waldenburg.

Die Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevertreter des Kreises Waldenburg hielt am Sonntag nachmittags im Kreisstadtsitzungslokal eine Konferenz ab, um sich mit der Frage Groß-Waldenburg zu beschäftigen. Daran nahmen fast alle unsere Vertreter in den interessierten Gemeinden teil, außerdem die Gemeindevorsteher, Abgeordneten usw.

Nach mehreren Vorträgen wurde am Ende einstimmig beschlossen, für ein Groß-Waldenburg einzutreten, aber mit der Maßgabe, daß der früheste Termin für dessen Beginn der 1. April 1928 ist und daß die Regierung keinerlei Zwang ausübt. Um die Wünsche aller anzuschließenden Gemeinden über das zukünftige Groß-Waldenburg festzulegen, wurde ein Ausschuss aller beteiligten Gemeinden gegründet, der nächstens mit der Regierung in Verbindung treten soll.

Korsantj will seine ober-schlesische Zeitung verkaufen.

Wie die „Poliska Brojna“ meldet, führt Korsantj Verhandlungen über den Verkauf seiner Zeitung „Polonia“ in Kattowitz, und zwar mit den Mitgliedern der Christlich-demokratischen Partei, der er selbst angehört. (In Warschau hat er bekanntlich eine zweite Zeitung, die „Kspospolita“.)

Refordebuch im Riesengebirge.

Nach Schätzungen der Eisenbahn haben in der Weihnachts- und Neujahrzeit über 20 000 Menschen das Riesengebirge zur Ausübung des Wintersports aufgesucht. Das Hauptquartier hielten die Berliner. Es muhten von und nach Berlin 12 Vorträge zu regelmäßigen Zügen und 3 Winterportzüge zu ermäßigten Preisen eingeleitet werden. Der Breslauer Verkehr war dagegen sehr mäßig. Alle Züge waren übermäßig besetzt. Am Sonntag muhte ein beschleunigter Personenzug nach Berlin dreimal gefahren werden, auch der D-Zug am Montag vormittag erhielt einen Vorzug.

Die Geschäfte der Bauernwirte und Fremdenheimbesitzer waren demzufolge diesmal sehr gut. Selbst die Massenlager in Gebirgsgebäuden waren ausverkauft.

Die Sportverhältnisse haben sich nach dem vorübergehenden Tauwetter gebessert. Infolge Neuschnees liegt auf dem Kamn bis zu drei Meter Schnee.

Stechlen. Großfeuer in der Silberkernacht.

Ein großes Schadenfeuer wütete Silberkern in Grosburg auf dem Dominium. Durch Unvorsichtigkeit brach auf dem Mohlboden Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete. Der herrschende Sturm schleuderte ein gewaltiges Flugfeuer über das ganze Dorf, so daß die zu Hilfe eilenden Feuerwehren größte Mühe hatten, einen Riesendbrand zu verhüten. Namentlich gefährdet waren die Stallungen und der große Schüttboden des Dominiums, doch gelang es namentlich dem Eingreifen der Motorpumpen aus Stechlen, den Brand zu begrenzen. Die Löscharbeiten waren ungeheuer erschwert durch den Umstand, daß in dem brennenden Komplex auch die dort lagernden Bestände an Gaspatronen zur Massenverteilung in Brand gerieten, wodurch sich ein unüberwindlicher Qualm entwickelte, der das Bordringen mit den Schlauchzügen in die brennenden Bodenträume unmöglich machte. Der durch das Feuer entstandene Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt.

Kellendorf, Kreis Glatz. Ein Raub der Flammen wurde das Holzhaus und das daneben liegende Stallgebäude des Auszigers August Lang. Auf bisher unaufgeklärte Weise war auf dem Heuboden das Feuer ausgebrochen, das rasch um sich griff und in kurzer Zeit die Bestung vernichtete. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften waren schnell zur Stelle, konnten jedoch wenig helfen, da das Wasser fehlte.

Heinrichswalde, Kr. Frankenstein. Ein Sägewerk niedergebrannt. Eine Feuersbrunst wütete am 30. Dezember in Heinrichswalde und betraf das dortige Richterliche Sägewerk. Als die Arbeit in vollem Gange war, schlug plötzlich aus dem Dampfkessel eine große Stachelflamme und legte die in der Umgebung liegenden leicht brennbaren Holzmongen in Flammen. Die Sägewerksarbeiter versuchten sofort, das Feuer mit Minimagapparaten zu bekämpfen, doch hatte es bereits derartige Ausdehnung genommen, daß eine Begrenzung nicht mehr möglich war. Die Flammen verbreiteten sich mit riesenhafter Schnelligkeit, da sie der herrschende Sturm zu mächtiger Lohe entfachte und überaus wirbelte, so daß in kürzester Zeit außer dem Kesselhaube und dem Maschinenhaube auch die großen Holzlager in Flammen standen. Aus weitester Umgebung eilten die Feuerwehren zu Hilfe und sie versuchten, den Brand zu begrenzen, der in gewaltiger Ausdehnung mehrere Stunden lang andauerte. Die Köchmannschaften hatten bei dem herrschenden Schneesturm einen schweren Stand, hielten aber wacker aus, und ihren vereinten Bemühungen gelang es schließlich, das sehr bedrohte Wohngebäude zu erhalten und eine weitere Ausbreitung des Flammenmeeres zu verhüten. Das gesamte Werk aber wurde vernichtet, in ihm die wertvollen Maschinen. Der Schaden ist sehr groß, aber zum größten Teil durch Versicherung gedeckt.

Greifstadt. Das Gewehr in Kinderhand. In Lieberitz hatte ein Gutbesitzer sein geladenes Jagdgewehr ungesichert stehen lassen. Das Kind des Nachbarn legte auf den etwa sechsjährigen Besizersohn an und drückte ab. Dem Knaben wurde das Gesicht zerissen. An den erlittenen schweren Verletzungen ist er bald darauf gestorben.

Bauschwitz, Kr. Zalkenberg O.-S. Vom anjahrenden Zuge getötet. Der 78 Jahre alte Bauernauszügler Jung von hier ging nachmittags zur hiesigen Bahnstation, um in den Besitz eines Einladungsbrief zum Schmeinschlachten an seine verheiratete Tochter in Reife zu stellen. Da der Zug an der Haltestelle Bauschwitz nur ganz kurze Zeit hält und man nie mehr sah, als der Zug entfuhr, wurde er zum Tode verurteilt, zum der Genannte gerade noch im letzten Augenblicke zum Postwagen. Als der Zug anfuhr, kam er zu Fall, geriet zwischen das Trittbrett und den höher gelegenen Bahnsteig. Durch den lauten Aufschrei des Unglücklichen wurden die Beamten aufmerksam. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Jung war aber leider schon unter die Räder geraten. Als man ihn hervorholte, waren ihm beide Beine abgefahren, auch am Kopfe hatte er schwere Verletzungen davongetragen. Er war auf der Stelle tot.

Steinau O.S. 700-Jahrfeier der Stadt. Die städtischen Körperschaften der Stadt Steinau O.S. beschloßen, das 700jährige Bestehen der Stadt im Jahre 1927 in feierlicher Weise zu begehen. Als Tag der Feierlichkeiten wurde die Zeit um den letzten Sonntag im Juni in Aussicht genommen. Es sind eine Anzahl von Komitees gebildet worden, denen die Vorbereitung des Stadtjubiläums anvertraut wurde. Deren Vorsitz führt Stadivorsteher Lehrer Zimmermann.

Kattowitz. Ein rätselhafter Mord wurde nachts auf der Chaussee Sosnowitz-Madragow verübt. Im Chausseegebirge lag ein Auto, dessen Innenfläche blutbefleckt waren. Einige Meter davon entfernt lag die Leiche des Autoführers, dessen Gesicht durch Schüsse mit Glasstücken unkenntlich gemacht wurde. Die Mörder war gleichfalls durchschnitten und von einer Messerwurde durchschnitten. Am Tatort wurden mehrere Patronenverfugungen gefunden. Allem Anschein nach muß der ermordete Kraftwagenführer, der im Wagen Platz genommen hatte und von einem der Fahrgäste am Führersitz abgelöst worden ist, nach verübter Tat von den Tätern aus dem Auto geschleppt worden sein. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurde der Ermordete tags zuvor in Madragow gesehen, als er wiederholt von Kattowitz zum Madragower Bräde und von da zum Ringe zurückfuhr. Das sonderbare Verhalten des Kraftwagenführers fiel augenmerk auf. Der Tat wurde als der 27 Jahre alte Franciszek Stepan aus Kattowitz identifiziert.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeiterprobleme in Amerika.

Von Tony Sender.

Amerika ist das typischste Land des Hochkapitalismus. Hier sind die typischen Probleme der Arbeiterbewegung entstanden. Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist eine Bewegung der Arbeiterklasse, die sich gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten richtet. Sie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt, besonders in den Industriezentren.

Zustimmung der Schuhindustrie zum Schiedspruch auf Kosten der Konsumenten.

Kranzfeld a. M., 4. Januar. (Eigener Fundbericht.) Der Hauptausschuß des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten sagte am Montag einen Beschluß, durch den wenigstens bis zum 31. März der Wirtschaftsstreik in der Schuhindustrie gestoppt wird. Der Beschluß erklärt, unter Aufrechterhaltung der von Arbeitgeberseite gestellten Forderungen und unter Entschiedenheit Hervorhebung der Anzuehmigkeit mit dem am 31. Dezember gezeichneten Schiedspruch lebhaft im Interesse der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens in der Schuhindustrie dem genannten Schiedspruch zuzustimmen.

Die Herren Fabrikanten wollen, daß sie sich diese Zustimmung zu dem Schiedspruch jedoch von der Kundtschaft nicht nur bezahllen lassen, sondern dabei auch noch verdienen. Denn sie haben gleichzeitig beschlossen, in eine Nachprüfung der Verkaufspreise für Schuhwerk einzutreten und die unter Berücksichtigung der in dem Schiedspruch festgesetzten Erhöhung zu realisieren. Die Kundtschaft und ebenso die Arbeitnehmer der Schuhindustrie haben allen Anlaß, die Dinge aufmerksam zu verfolgen.

Steigende Erwerbslosigkeit in Niederschlesien.

In der Berichtswache vom 16. bis 22. Dezember stieg in der Provinz Niederschlesien die Zahl der Arbeitsuchenden von 100.653 auf 107.284, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 68.607 auf 73.954, während die Zahl der gemeldeten offenen Stellen von 2565 in der Vorwoche bis 2792 anwuchs.

In der Berichtswache vom 23. bis 29. Dezember 1926 wurden in der Provinz Niederschlesien am Stichtag Mittwoch, den 29. Dezember 112.852 (in der Vorwoche 107.288 Arbeitsuchende und 78.558 (in der Vorwoche 73.954) Erwerbslosenunterstützungsempfänger gezählt, während die gemeldeten offenen Stellen 2843 betragen.

In der Stadt Breslau wurden am 29. Dezember 46.626 Arbeitsuchende und 26.451 Erwerbslosenunterstützungsempfänger gezählt.

Im Vergleich mit dem 30. Dezember die Zahl der Arbeitsuchenden in der Provinz Niederschlesien 77.619. Die Erhöhung der Arbeitsuchendenzahlen in den letzten beiden Wochen war vornehmlich auf den Frost zurückzuführen, der sämtlichen Außenarbeiten ein Ende machte, so daß das Baugewerbe fast sämtliche Arbeitskräfte abließ und der gleichfalls einen Stillstand der zahlreichsten Holzstandsarbeiten herbeiführte. Hinzu kamen noch weitere Entlassungen aus den Zuderfabriken, der Ziegelindustrie und der Oberbleicherei.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten: In der Landwirtschaft war die Vermittelungsstätigkeit sehr ruhig. Nachfrage bestand nach ledigem männlichen und weiblichen Personal. Vereinzelt konnten Deputatfamilien zur Vermittelung gelangen. Auch ältere Mägde waren verhältnismäßig schwer unterzubringen.

In der Forstwirtschaft fanden infolge starken Schneeeinfalles in den Gebirgsorten Entlassungen von Arbeitskräften statt.

Wirtschaft.

Krupp verzichtet auf Subvention.

Die Hauptversammlung der Friedrich Krupp A.-G. findet am 15. Januar statt. In dieser Versammlung ist auch eine Stellungnahme zu dem 20-Millionen-Kreditgeschäft zu erwarten, das die Firma Krupp an die Reichsregierung gerichtet hat und das vom Haushaltsausschuß des Reichstages vorläufig abgelehnt worden ist. Es ist nun gemeldet, daß das an die Reichsregierung gerichtete Kreditgesuch als erledigt betrachtet werden könne. Der Krupp-Konzern hoffe, durch die Besserung der Konjunktur die durch die Kriegswirtschaft hervorgerufenen Schwierigkeiten beseitigen zu können. Es steht dahin, ob dies die Meinung der Kruppverwaltung selber ist. Wenn dies aber der Fall wäre, so würde dieser schnelle Meinungswechsel ein Beweis dafür sein, wie leicht sich die Schwerindustrie die Erlangung von Reichskrediten vorstellt und wie selbstverständlich es ihr erscheint, die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch zu nehmen, die sie in ihren Rundgebungen nicht scharf genug bekämpfen kann.

Die Stellung der Metallarbeiter zur modernen Trufsbildung.

Stand auf der diesjährigen Tagung in Stuttgart stattgefundenen großen Betriebsratkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes, an der, wie gewöhnlich, auch Vertreter größerer metallindustrieller Konzerne sowie Abgeordnete der Angestellten- und Beamtenverbände, des Bergarbeiterverbandes und sonstige gewerkschaftliche Funktionäre teilnahmen, im Vordergrund der Beratungen. Ueber die Trufsbildung sprach Genosse Dr. Frik Raphael. Die europäische Stahlgemeinschaft, betonte der Redner, ist kein eigentlicher Truf, sondern eine Bildung niedriger Ordnung. In ihrem Vertrag besaß sie sich offiziell nur mit der Bestimmungsmenge und ihrer Verteilung, nicht aber mit der Festlegung der Preise. Wahrscheinlich sind aber neherher auch die Preise bestimmt worden; denn als Hauptzweck solcher Bindungen gilt ja in erster Linie die Erhöhung des Gewinns. Wichtig für die Arbeiterklasse ist, daß der Artikel 7 des Vertrages der Stahlgemeinschaft Zulassung an die Länder gestattet, die den ihnen zugeteilten Anteil in Fällen höherer Gewalt nicht erreichen können. Daß für die Eisenindustrie der Streik als höhere Gewalt gilt, ist selbstverständlich. Die Folge wird also sein, daß fortan die Metallarbeiter kaum noch kampflos auf nationaler Grundlage weichen können; jede größere Lohnbewegung wird sofort über die Landesgrenze hinausgreifen und die internationale Industriellenklasse gegen sich haben.

Zur Frage der deutschen Stahlgemeinschaft erklärte Genosse Raphael, daß die Stahlgemeinschaft sich, wie übrigens auch andere Kartelle, durch Gemeinshaftlichkeit des Einkaufs und Verkaufs, gemeinsame Erprobung der Beschleunigung usw., produktionsfördernd auswirken könne. Da aber die Umwandlung der Produktion in höhere Formen sehr schwerfällige Wirkungen für die Arbeiterklasse habe, müsse der Staat mitdringend eingreifen. Auch für die verarbeitende Industrie wolle sich die Kartellisierung der Eigenerzeuger nachteilig auswirken, weil diese mit dem Monopol der Rohstofflieferung die Preise steigern und den ausländischen Wettbewerber der heimischen verarbeitenden Industrie wohlfeiler mit Rohstoffen versorgen. Das schlage abermals zum Schaden der Arbeiter aus, da die verarbeitende Industrie mehr Leute beschäftigen als die eigenschaffende.

In die Vereinbarungen der kartellierten Industrien muß ein am Profitstreben unbeteiligtes Element, das heißt das Element der Arbeiterklasse, hineingebracht werden. Also nicht nur Vernunft von Arbeitern an die Kontrolle oder in den Aufsichtsrat von Unternehmen, sondern zu deren eigentlicher Geschäftsführung; denn hier fällt die Entscheidung. Ferner Schaffung einer internationalen Kontrollstelle, die bei Streitigkeiten regelnd eingreifen kann. Das Ziel muß ein vollmächtiges Kartellamt sein. Erst wenn nationale Kartellämter vorhanden sind, kann es zu Einrichtungen für die Kontrolle der internationalen Kartelle kommen. Darüber hinaus sind unter Mitwirkung des Völkerbundes Vereinbarungen der Staaten zur Gründung eines internationalen Kontrollamtes zu erröhen.

Die Betriebsratkonferenz machte sich den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag Raphaelis in seinen wesentlichen Forderungen in einer einstimmig angenommenen Entschließung zu eigen.

Im Bergbau hat das Waldburger Steinkohlenrevier Bedarf an Häuern. Auch konnten einige ungelernete Arbeiter bei Grubenbetriebsarbeit untergebracht werden.

In der Industrie der Steine und Erde fanden weitere in verstärktem Maße Stilllegungen und damit verbundene Entlassungen von Arbeitskräften aus den Ziegeleien statt. Im Piesinger Bezirk wurden eine Anzahl Arbeitskräfte infolge Betriebsbeeinträchtigungen aus der dortigen Glasindustrie entlassen. Im Schönauer Bezirk fanden Entlassungen von Arbeitskräften aus der dortigen Kalkindustrie bevor.

In der Viehweiderei Metallindustrie wurden Entlassungen aus der Spielwarenindustrie angekündigt. Aus dem Sprottauer Bezirk wird über eine Zunahme von Kurzarbeit berichtet.

Chemische Industrie. Im Habelschwerdter Bezirk entließen zwei Zündholzfabriken wegen Arbeitsmangel eine größere Anzahl von Arbeitskräften.

Im Spinnstoffgewerbe macht sich ein gewisser Rückgang im Beschäftigungsgrad bemerkbar. Nach aus dem Sprottauer Bezirk wird über Entlassungen berichtet. Im Grünberger Bezirk wird in verstärktem Maße verfertigt gearbeitet; auch erfolgten hier Entlassungen. Dagegen forderte die Landeshuter Leinenindustrie nach wie vor geübte Weberinnen an. Ebenso bestand im Waldburger Bezirk Nachfrage nach gelehrten Webern und Weberinnen, die jedoch gestellt werden konnten.

Die Papierindustrie im Schönauer Bezirk ist zurzeit noch am hochtätig.

Im Holz- und Schnitstoffgewerbe hält die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage an. Im Sprottauer Bezirk entließ ein Sägewerk eine größere Anzahl von Arbeitskräften. Ebenso hat eine Kistenfabrik in Viegnitz Entlassungen in größerem Umfang in Aussicht gestellt.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe fanden Entlassungen von Bäckern statt. Auch die Süßwarenindustrie stieß Arbeitskräfte ab. Ebenso entließen die wettigen nach arbeitenden Zuderfabriken weitere Arbeitskräfte. Auch in der Zigarrenindustrie zeigt sich eine Zunahme der Zahl der vornehmlich weiblichen Arbeitsuchenden.

Im Bekleidungs- und Textilgewerbe stieß die Maß- und Konfektionsindustrie weiterhin Arbeitskräfte ab. Im Glogauer Bezirk fand die angekündigte Entlassung der Belegschaft einer Hutfabrik statt.

Das Baugewerbe hat, nachdem in der Woche vom 16. bis 22. Dezember starker Frost einsetzte, fast sämtliche Arbeitskräfte zur Entlassung gebracht und hierdurch die ungenügende Weiterentwicklung verlangsamt. Auch das Tiefbaugewerbe war infolge in stärkerem Ausmaße an der Verschlechterung des Arbeitsmarktes infolge Stilllegung zahlreicher Holzstandsarbeiten sowie Fluß- und Strombauarbeiten beteiligt.

Im Verkehrsgewerbe nahm die Zahl der erwerbslosen Schiffer infolge teilweiser Einstellung der Oberbleicherei stark zu. Auch bei der Reichsbahn haben in einigen Bezirken Entlassungen von Streckenarbeitern stattgefunden.

Für Hausangestellte boten sich wenig Arbeitsmöglichkeiten. Ebenso war die Arbeitsmarktlage für ungelernete Arbeitskräfte infolge Witterungseinfluß äußerst ungünstig.

Die Notlage der niederschlesischen Sandsteinindustrie.

In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag wurde auf die drohende Gefahr des gänzlichen Erliegens der niederschlesischen Sandsteinindustrie aufmerksam gemacht, die das Material zum Bau des Reichstages und zu zahlreichen anderen Monumentalbauten des Staates und privater Unternehmungen geliefert hat. Die größte der Firmen, die früher 1428, kurz vor dem Kriege 538 Mann beschäftigte, könne heute mit Mühe noch 132 Mann Arbeit geben. Auf die an das Staatsministerium gerichteten Fragen antwortete, dem Amtlichen Preussischen Prestdienst zufolge, der Finanzminister zugleich im Namen der Minister für Volkswirtschaft und für Handel und Gewerbe u. a., daß die Staatshochbauverwaltung dauernd bemüht ist, bei der Ausführung von Staatsbauten im Rahmen der gebotenen Sparmaßnahme der anerkannten Notlage der Sandsteinindustrie Rechnung zu tragen und daß sie wiederholt Anordnungen getroffen hat, um ihr abzuhelfen. Zur Behebung der niederschlesischen Sandsteinindustrie sind die in Frage kommenden Behörden erneut erlucht worden, in geeigneten Fällen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel auf die Verwendung dieses bewährten Baustoffes bedacht zu sein.

Die Konkurrenz im Dezember.

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Dezember durch den Reichsanzeiger 435 neue Konkurrenzverfahren ohne der wegen Massenmangels abgelehnten Anträge auf Konkurrenzöffnung und 120 angeordnete Geschäftsaufsichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Ziffern für den Vormonat stellten sich auf 471 bzw. 128.

Notstandsarbeiten auch in Polen.

Warschau, 4. Januar. (Eigener Fundbericht.) Der polnische Minister hat beschloß auf Antrag Biludis, an dem laufenden Budget 65 Millionen Loty zur Ausführung öffentlicher Arbeiten durch Arbeitslose zur Verfügung zu stellen.

Die Zusammenstoßverhandlungen zwischen der Mecklenburger Weberei zu Linden-Hannover und der Webefabrik W. Wengers A.-G. in Berlin haben zum Erfolg geführt. Auf Grund der Abmachungen wird die Webefabrik Wengers von der Mecklenburger Weberei Linden-Hannover gegen ein Barangebot übernommen. Die hannoversche Gesellschaft verfügt über ein Kapital von 6,8 Millionen Mark, wovon eine Obligationsschuld von 4 Millionen Mark tritt, während sich das Kapital der Webefabrik Wengers auf 4,5 Millionen Mark beläuft. Die beiden Fabriken haben für das letzte Geschäftsjahr 13 bzw. 17 Prozent Dividende ausgeschüttet. Die Entwicklung dürfte in Zukunft noch günstiger sein, da durch die Fusion die zwischen beiden Gesellschaften bestehende Konkurrenz ausgeschaltet worden ist.

Offizielle Einführung der Wengungswährung in Ungarn. Die neue ungarische Valuta, der Pengo, ist offiziell in Verkehr gesetzt worden. Der Austausch des alten Geldes gegen neues Geld geht glatt vor sich.

Breslauer Produktenbörse.

Wichtigste Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 3. Januar gezeichneten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab ichlenlicher Verladung in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln die als Quaderwaren Breslau verleben). Tendenz: gerade behauptet. — Verkauf: ruhig. — Kartoffeln: Gehaltlos. — Mehl: ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg.)		Devisen:	
31.	31.	31.	31.
Getreide:			
Weizen 75 kg	27,50	27,50	30,00
Weizen 71 kg	26,50	26,50	33,00
Roggen 71 kg	24,00	24,00	40,00
Roggen 68 kg	23,80	23,80	26,00
Hafer	17,50	17,50	22,00
Krautgewisse	24,00	24,00	
Mittelpreis	19,00	19,00	
Weizen-Gewinn	18,50	18,50	

Winterrare: 30,00
Leinamen: 33,00
Seinamen neu: 40,00
Hansflaß: 26,00
Stammeln: 32,00
*) Gute Qualität.
*) Durchschnittsqualität.
*) Bester Art und Güte.

Keine Ware über Notiz. Spezialnotiz für rote und weiße J.O. Zuckerkartoffeln für das Prozent Stärkegehalt 0,14.

Amtliche Notierung der Maßwaagenwaage (je 100 kg.)

31.		31.	
31.	31.	31.	31.
Waggen (70%)	40,50	40,50	
Roggen (70%)	35,50	35,50	

Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 3. Januar	
100 Reichsmark	16,54
100 Dollar	12,432
100 brit. Pfund	61,100
100 Belg. = 500 Franken	54,14
100 franz. Franken	112,21
100 nord. Krone	2,56
100 nord. Gulden	59,25
100 Lit.	11,69
100 dän. Krone	16,355